Auswahl aus dem 19. Band der Werke Enver Hoxhas in deutscher Sprache erschienen. Buchbesprechung und Auszug auf den Seiten 8 und 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 31 vom 31. Juli 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

2,3 Mill. Rentner leben unter dem Existenzminimum - aber

Bonn plant Angriff auf die Renten

Wer würde sich nicht wünschen, nach einem Leben harter Arbeit, der Ausbeutung und Ausplünderung durch die Kapitalisten, seinen Lebensabend in gesicherter Existenz, ohne die Sorge um das tägliche Auskommen, zu verbringen? Aber dieser Wunsch kann im Kapitalismus nicht in Erfüllung gehen. Es gibt viele alte Frauen, die mit einer monatlichen Rente von 400.- DM leben müssen. Wenn sie sich einen Wintermantel kaufen müssen, müssen sie beim Sozialamt um eine Beihilfe betteln. So schlecht geht es ihnen. Die Bundesregierung nennt solche Verhältnisse „unser festes Netz sozialer Sicherheit" und spricht vom „Sozialstaat". Das sind Kapitalistenlügen. Für die alten Menschen, die Rentner ist die Zukunft unsicherer denn je.

Schon in diesem Jahr haben die Rentenversicherungen ein Loch von rund neun Milliarden DM in ihren Kassen. Dieses Loch wird sich in den kommenden Jahren noch vergrößern und im Jahre 1978, Schätzungen zufolge, die Summe von 16,4 Milliarden DM erreichen. Die Lage der Rentenversicherungen ist jetzt zum Objekt des Bundestagswahlkampfes der bürgerlichen Parteien geworden. Aber die Demagogie, die Angriffe, die sie gegeneinander starteten, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich in einem Punkt völlig einig sind: **Die Zeche sollen die Werktätigen, sollen die Rentner zahlen.** So soll z. B. die im nächsten Jahr am 1. Juli fällig werdende Rentenanpassung, die in diesem Jahr eine Erhöhung der Renten um 11% brachte, um sechs Monate verschoben werden. Es ist klar, daß das eine Senkung des Lebensniveaus der Rentner bedeutet, von denen jetzt schon viele nicht wissen, wie sie mit ihren kümmerlichen Renten auskommen sollen. Ein anderer Plan, der vor allem von der CDU propagiert wird, sieht vor, die Rentner mit Beiträgen zur Krankenversicherung, die bisher für sie frei war, zur Kasse zu bitten. Und schließlich darf auch der DGB nicht fehlen, wenn es darum geht, den Werktätigen noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Der „Plan" des DGB-Apparates: Die Rentenbeiträge von bisher 18% auf 19% zu erhöhen – mit anderen Worten, die Löhne zu senken.

Der kapitalistische Staat plant also offensichtlich einen großangelegten Angriff auf die Renten. Das „Argument", mit dem dieser Angriff den Rentnern und den übrigen Werktätigen schmackhaft gemacht werden soll, ist mehr als zynisch. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien und des DGB-Apparates spekulieren mit der Erinnerung vor allem der älteren Menschen an den Zusammenbruch der Renten im Jahre 1923. Damals wurden Millionen von Menschen um ihre Renten betrogen. Als die Not und das Elend der werktätigen Massen in Deutschland damals infolge der Wirtschaftskrise einen Höhepunkt erreicht hatten, als die Inflation unvorstellbare Ausmaße angenommen hatte, schmolzen auch die Renten zu einem Nichts zusammen, zumal der kapitalistische Staat noch zusätzlich die Rentenkasse plünderte, um die Löcher in der Staatskasse zu stopfen. Die Erinnerung daran, die Angst davor, im Alter mittellos dazustehen, versuchen die bürgerlichen Parteien jetzt auszunutzen. Während sie auf der einen Seite beteuern, daß die Sicherheit der Rentenversorgung natürlich nicht gefährdet sei, erklären sie auf der anderen Seite den Werktätigen, daß Opfer gebracht werden müßten, um die Rentenkassen zu sanieren.

Die Kapitalisten wollen die Lasten der Krise auch auf die Rentner abwälzen. Anders, so behaupten sie, kann das Loch in den Rentenkassen nicht gestopft werden. Aber betrachten wir die Sache einmal genauer. Es ist bekannt, daß die Rentenkassen über ein riesiges Vermö-



In der VR China und in Albanien haben die Rentner einen sicheren und erfüllten Lebendsabend. Werden bei uns die alten Leute von den Kapitalisten behandelt wie Menschen zweiter Klasse, weil sie nach einem arbeitsreichen Leben keinen Profit mehr bringen, so werden sie in den sozialistischen Staaten dagegen hoch geachtet für ihre Leistungen und Erfahrungen. Sie stehen nicht abseits, sondern leisten weiter ihren Beitrag zum sozialistischen Aufbau. Unser Bild zeigt den Rentner Petro Koka aus der Stadt Vlora in Albanien. Er erzählt gerade Schülern der Oberschule „Halim Xhelo" vom Freiheitskampf des albanischen Volkes.

Fortsetzung auf Seite 2, Sp. 3

Tagung des 9. Plenums des ZK der PAA

7. Parteitag zum 1. 11. 1976 einberufen

Vom 19. bis 20. Juli 1976 tagte unter der Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha, das 9. Plenum des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens. Das Plenum erörterte den Bericht des Politbüros über den Direktivenentwurf des 7. Parteitages der PAA für den 6. Fünfjahrplan der Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der Volksrepublik Albanien für die Jahre 1976 bis 1980. Nach eingehender Diskussion dieser Frage faßte das Plenum die entsprechenden Beschlüsse. Das Plenum des Zentralkomitees der Partei beschloß außerdem, den 7. ordentlichen Parteitag der PAA am 1. November einzuberufen.

Der 7. Parteitag wird folgende Tagesordnung haben:

– Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens. Den Bericht erstattet der Erste Sekretär des ZK der PAA, Genosse Enver Hoxha.

– Bericht der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission. Den Bericht erstattet der Vorsitzende der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission, Genosse Ibrahim Sina.

– Bericht über die Direktiven der PAA für den 6. Fünfjahrplan der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur der Volksrepublik Albanien für die Jahre 1976 bis 1980. Den Bericht erstattet das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees und Vorsitzender des Ministerrats der Volksrepublik Albanien, Genosse Mehmet Shehu.

– Wahlen für die zentralen Organe der Partei.

Zum Abschluß des 9. Plenums hielt der Erste Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Genosse Enver Hoxha, eine wichtige Rede.

Olympia-Medaillen - für die Imperialisten eine Prestigefrage

Nachdem der westdeutsche Ringer Fred Theobald (Halbschwergewicht) dem Japaner Sato unterlegen war, berichtete „Bild" am folgenden Tag darüber mit der Überschrift: „Wie kann man gegen so eine Null verlieren?" Ähnliche Unverschämtheiten kehren in den meisten Kommentaren über die olympischen Wettkämpfe wieder. Wer den Sieg, wer Medaillen erringt, wer als Favorit gilt, dessen Name zählt. Von den übrigen Sportlern – insbesondere aus kleineren Ländern – wird praktisch nicht Notiz genommen. Sie bilden für die imperialistische Presse allenfalls die Kulisse, um die Sieger um so größer herauszustellen. Ob USA, Sowjetunion, DDR oder Westdeutschland – für die beteiligten imperialistischen Länder und ihre Sensationspresse zählt eben nicht die Völkerfreundschaft, sondern der Medaillenregen. Da geht es in heftiger Konkurrenz um das meiste Prestige.

Immer mehr hat sich in den letzten Jahren auch bei uns das Gesicht des Leistungssports gewandelt. Da kommen zu den internationalen Wettkämpfen nicht diejenigen Sportler, die sich im Sport des Landes als die besten erwiesen haben, sondern da werden in jungen Jahren Sportler vom Staat ausgesucht und systematisch zu „Rekordmachern" gedrillt – eigens zu dem Zweck, im internationalen Sport das Prestige des westdeutschen Imperialismus zu stärken. Die Sportler selbst sind dabei nicht mehr als eine Ware: Taugt sie oder taugt sie nicht? Wird wie etwas einbringen, was muß man investieren? Eben dieses Herangehen der Bourgeoisie an den Leistungssport prägt auch die Berichterstattung in Zeitung und Fernsehen über die Wettkämpfe in Montreal.

Bereits bei der Auswahl der Sportler, die zu „Medaillenholern" gemacht werden sollen, zeigt sich, daß wie bei einer Ware ausgewählt, begutachtet und später bearbeitet wird. Um ja nicht fehl zu gehen, gibt es im Kölner Institut für Sportwissenschaft extra einen Computer, der alle verfügbaren Daten, Wettkampf- und Trainingsergebnisse der Athleten speichert. Da gibt es in jeder Sportart dann Idealmaße an Gewicht und Größe, die erfüllt werden müssen, da wird die Nervenbelastung getestet, um auf diese Weise schließlich die, wie es heißt, „Siegertypen" auszusortieren. Und dann wird getrimmt – ohne Rücksicht auf Verluste: koste es die Gesundheit des Sportlers. Mit Regelmäßigkeit wird an der Schmerzensgrenze trainiert, um die Sportler daran zu gewöhnen, sich nie zu schonen.

Da wird ihnen immer wieder eingebleut zu kämpfen, als koste es das Leben. Sogar mit Strafen wird gearbeitet: Wer z.B. beim Sprungwurf-Training der Handballmannschaft über eine meterhohe Leine kein Tor warf, mußte zur Strafe Liegestütz machen. Von der Sportwissenschaft bis zur Medizin wird alles aufgeboten, damit für einige Zeit Rekord-

Fortsetzung auf Seite 6, Sp. 2

AUS DEM INHALT

Ewiger Ruhm dem Genossen Pi Ding-Kiun

Wie die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua bekanntgab, starb am 7. Juli 1976 in Erfüllung seiner Pflicht auf dem Stützpunkt Futscheu, der Genosse Pi Ding-Kiun, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Abgeordneter der 4. Nationalen Volksversammlung, Erster Parteisekretär der KP Chinas in Futscheu und Kommandant der Volksbefreiungsarmee in diesem Gebiet.

Am 13. Juli fand in Futscheu eine Gedenkfeier statt, zu der Vorsitzender Mao Tsetung, das Zentralkomitee der Partei, der ständige Ausschuß der Nationalen Volksversammlung, die Militärkommission beim Zentralkomitee sowie weitere Organe der Staatsmacht und der Armee Kränze und Botschaften sandten. In einer Traueransprache würdigte Genosse Tschu Schao-tsing die Verdienste des Toten, der ein Leben lang treu zur Partei und zum Vorsitzenden Mao gestanden hatte, alle Abweichungen bekämpfte und zuletzt konsequent gegen Deng Hsiao-ping und den Wind von rechts gekämpft hatte.

Bonn finanziert neue US-Besatzertruppen

Während die Supermächte auf allen möglichen Konferenzen ein großes Geschrei veranstalten über angebliche „Truppenreduzierungen in Europa", über die „Begrenzung strategischer Waffen" und „schrittweise Abrüstung", haben die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten bei der jüngsten Reise von Bundeskanzler Schmidt in die USA beschlossen, die 200 000 Mann US-Besatzertruppe zu verstärken und die Nato-Truppen durch einen neuen Kampfpanzer noch besser auszurüsten. Die Rechnung soll das deutsche Volk bezahlen.

Wie der „Rote Morgen" bereits berichtete, planen die Regierungen der USA und der DBR schon seit langem, die Stationierung einer weiteren US-Brigade in der Garlstedter Heide. Diese 3800 Soldaten befinden sich bereits seit einiger Zeit in Westdeutschland und werden in Grafenwöhr ausgebildet. Ihre Stationierung wurde nun in Washington perfekt gemacht. **Das bedeutet: Die US-Besatzertruppen werden beträchtlich verstärkt. Sie und ihre Familienangehörigen werden in einem der schönsten Naturschutzgebiete Westdeutschlands einquartiert werden. Straßen, Übungsplätze, ein Flughafen werden gebaut und das Erholungsgebiet wird dadurch zerstört. Und dafür wird die Bundesregierung noch zu allem Überfluß 171,2 Millionen DM bezahlen, um den Herren Besatzern Straßen, Kasernen und Wohnhäuser zu bauen. Denn die US-Imperialisten denken nach wie vor nicht im Traum daran, für die Stationierung ihrer Armee aufzukommen.**

Die westdeutschen Imperialisten brüsten sich damit, welch gutes Geschäft sie mit diesem Abkommen angeblich gemacht haben. Denn gleichzeitig vereinbarte Schmidt in Washington, daß die Bundesregierung in Zukunft keine Devisenausgleichszahlungen mehr für die Stationierung von US-Truppen auf deutschem Boden bezahlen wird. Aber das ist doch eine Milchmädchenrechnung! Diese Devisenausgleichszahlungen, die das deutsche Volk bereits Milliarden von Mark gekostet haben, – allein das letzte Abkommen, das im Juni 75 auslief, kostete 2,2 Mrd. Dollar – waren deshalb vereinbart worden, weil die US-Imperialisten eine sehr schlechte Zahlungsbilanz aufzuweisen hatten. Diese Zahlungsbilanz hat sich in der Zwischenzeit verbessert, so daß die US-Imperialisten nun einfach zu einer neuen Ausrede greifen, um dem deutschen Volk für die Stationierung ihrer Truppen Geld aus der Tasche zu ziehen: Sie lassen die Bundesregierung nicht mehr pauschal bezahlen, sondern schicken die Rechnung für die Stationierung direkt nach Bonn.

Gleichzeitig vereinbarte Schmidt, daß die USA und die DBR neue, bessere Nato-Waffen entwickeln, vor allem in Bezug auf den deutschen Panzer „Leopard 2". Das alles diene, behauptet er, den „gemeinsamen Verteidigungsinteressen" der USA und der DBR.

Das ist eine Lüge! Es gibt keine „gemeinsamen Verteidigungsinteressen" zwischen den US-Imperialisten und dem deutschen Volk! In Wirklichkeit zeigen Schmidts Gespäche in den USA nur einmal mehr, daß die westdeutschen Imperialisten willige Helfershelfer der Supermacht USA sind, denen sie in unserem Lande, auf Kosten des Volkes, Tür und Tor öffnen, und auf deren Seite sie einen neuen Weltkrieg vorbereiten helfen.

Bonn plant Angriff auf die Renten

Fortsetzung von Seite 1

gen verfügen. Es beläuft sich zur Zeit auf 43 Milliarden DM. Diese 43 Milliarden DM sind vor allem in Pfandbriefen, Schatzbriefen und ähnlichen Schuldverschreibungen des kapitalistischen Staates, der Länder und Gemeinden festgelegt. Der kapitalistische Staat benutzt also die Rentenkassen als billige Kreditquelle. Ein Teil der von den Werktätigen gezahlten Rentenbeiträge fließt auf dem Umweg über den Staatshaushalt in die Taschen der Monopole, sei es als „Investitionshilfe" oder als Rüstungsauftrag etc. Über den kapitalistischen Staat sind die Rentenkassen eine Quelle der zusätzlichen Bereicherung des Monopolkapitals, ein Mittel um die Werktätigen noch mehr auszuplündern. Dies zeigt sich auch noch an einem anderem Punkt. Laut Gesetz ist die Bundesregierung verpflichtet, den Rentenkassen Zuschüsse zu geben, die für die Bezahlung der Kriegsfolgelasten verwendet werden sollen. Aber die Bundesregierung hat gar nicht daran gedacht, diese Zuschüsse den Rentenkassen bar auf die Hand zu geben. Stattdessen stellte sie erneut Schuldverschreibungen aus und plünderte damit die Rentenkassen zusätzlich um bisher schon zehn Milliarden DM. Diese Beispiele allein zeigen, wie es mit der angeblichen Sorge der Bundesregierung und der anderen bürgerlichen Parteien um die „soziale Sicherheit" bestellt ist. **Die einzige Sorge, die diese Leute haben, ist, wie sie den Werktätigen noch mehr Geld aus der Tasche ziehen können, um es den kapitalistischen Ausbeutern in den Rachen zu werfen.**

Der geplante Angriff des kapitalistischen Staates auf die Renten wird die Not und das Elend, unter denen schon heute viele Rentner zu leiden haben, noch mehr vergrössern. **Schon heute sagen viele von ihnen, daß die Rente, die sie erhalten „zum Leben zuwenig, aber zum Sterben zuviel ist".** So erhielten 1974 fast die Hälfte aller männlichen Rentenversicherten lediglich bis zu 700 DM im Monat. 15% erhalten sogar nur zwischen 300 und 500 DM. Noch krasser sind die Verhältnisse bei den Frauen. Nur 1% aller versicherten Frauen erhalten eine Rente, die über 700 DM liegt. Alle diese Zahlen beziehen sich auf Arbeiter bzw. Arbeiterinnen, bei den Angestellten liegen sie natürlich etwas höher.

So ist es also in Wirklichkeit um die angebliche „soziale Sicherheit" bestellt. Wenn man dann noch bedenkt, daß die „Altershilfe", die ein verheirateter werktätiger Bauer im Höchstfall bekommen kann, knapp über 360 DM monatlich liegt, dann kann man sich leicht vorstellen, was ein Angriff auf die Renten bedeutet. Schließlich leben schon heute, nach den Zahlen der offiziellen Statistik, 1,1 Millionen Rentnerhaushalte, d.h. 2,3 Millionen Menschen von Renten, die unter dem staatlich festgesetzten Existenzminimum liegen. Für die Kapitalisten und ihren Staat sind die Renten nicht mehr als ein notwendiges Übel, ein Kostenfaktor, der möglichst klein gehalten werden muß. **Deshalb ist eine große Anzahl der Rentner, weit entfernt von einem gesicherten Lebensabend, in den kapitalistischen Ländern dazu verurteilt, in Not und Elend zu leben.**

Ganz anders sind dagegen die Lebensverhältnisse der alten Menschen in den sozialistischen Ländern wie der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien. Die Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus, der Sturz der Herrschaft der alten Ausbeuter und Unterdrücker, haben ihnen den Weg zu einem sorgenfreien Alter geöffnet. Während das Rentenalter in der Bundesrepublik bei frühestens 63 Jahren liegt, liegt z. B. das Pensionsalter der Arbeiter der Hudung-Werft in Schanghai bei 60 Jahren, für die Arbeiterinnen sogar bei 55 Jahren. Für ein Anrecht auf Pension genügt es, wenn sie fünf aufeinanderfolgende Jahre gearbeitet haben, nach 15-jähriger Arbeit beträgt die Pension schon 60-70% des Monatslohns. Um auf ein ähnliches Rentenniveau zu kommen, muß ein Arbeiter bei uns durchschnittlich 40 Jahre für die Kapitalisten schuften.

Ähnlich wie in der Volksrepublik China sind die Verhältnisse in der Volksrepublik Albanien. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berufszweige mit besonders schwerer oder gefährlicher Arbeit (wie z. B. im Bergbau unter Tage, in der chemischen Industrie usw.) können ab 50 Jahren (Männer) bzw. ab 45 Jahren (Frauen) in Pension gehen. Nach 20 bzw. 15jähriger Arbeitszeit erhalten sie die volle Rente. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der 2. Kategorie, die praktisch alle übrigen Industrieberufe umfaßt, gehen mit 55 bzw. 50 Jahren in Pension. Für alle übrigen Werktätigen Albaniens gilt das Pensionsalter von 60 bzw. 55 Jahren. In diesen Regelungen kommt die Fürsorge des Staates der Diktatur des Proletariats für die alten Menschen zum Ausdruck, die nach einem Leben voller Arbeit das Recht auf einen sorgenfreien Lebensabend haben.

Einzig und allein der Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, garantiert der Werktätigen ein menschenwürdiges Leben, frei von Ausbeutung und Unterdrückung, frei von der Ausplünderung durch den kapitalistischen Staat, den die Revolution zerschlagen hat.

Kurz berichtet

SELIGENSTADT

Mitte Juli wurde die ROTE GARDE Seligenstadt gegründet. Die Genossen schreiben uns anläßlich dieser Gründung: „Dank der guten Arbeit der Genossen in Offenbach wurden wir organisiert und hatten die Möglichkeit, unsere Freunde und Bekannten näher an die ROTE GARDE heranzuführen. Unsere Zelle möchte ihren Beitrag dazu leisten, die sozialistische Revolution in Deutschland voranzutreiben. Wie wollen unsere Aufgabe, der Jugend zu zeigen, daß der Sozialismus auf revolutionärem Weg und unter Führung der einzig richtigen Arbeiterpartei, der KPD/ML, erkämpft werden kann, voller Zuversicht anpacken." Weiter berichten die Genossen über einige Aktionen, die sie in letzter Zeit durchführten, um die Partei und die ROTE GARDE durch Geldspenden zu unterstützen, z. B. durch eine Verkaufsaktion auf dem Flohmarkt und durch Blutspenden, wobei mehr als 150 DM zusammenkamen.

ISERLOHN

Zum ersten Mal hatte die Partei zu einer Veranstaltung in Iserlohn eingeladen. Etwa 25 Freunde und Genossen waren gekommen. Nachdem es gelungen war, zwei Spitzel der Politischen Polizei zu verjagen, begann die Veranstaltung mit einem Redebeitrag des Vertreters der Partei, der über die Gründung und die Entwicklung der KPD/ML sprach. Anschließend gaben mehrere Genossen der „Liga gegen den Imperialismus" eine Erklärung ab, in der sie begründeten, warum sie in Zukunft nicht mehr die GRF, sondern die Partei unterstützen werden. Anhand von Beiträgen von Vertretern der GRF und des KBW zeigte der Genosse der Partei auf, daß beide Organisationen, unter verschiedenen Vorzeichen, den Kampf um die sozialistische Revolution zurückstellen, einmal hinter den Kampf gegen die Supermächte und die wachsende Kriegsgefahr, zum anderen, wie der KBW, hinter die Tageskämpfe der Werktätigen, und erläuterte noch einmal die korrekten Grundlagen der Partei. Während der Veranstaltung wurden am Büchertisch der Partei Broschüren für etwa 60 DM sowie mehrere Parteiabzeichen verkauft.

BOCHUM/WATTENSCHEID

Zur Nachahmung empfehlen die Bochumer Genossen eine Propagandamöglichkeit, die sie erfolgreich einsetzen konnten: Sie setzen Anzeigen über den wöchentlichen Informationsstand der Partei in Wattenscheid in das Anzeigenblatt für Wattenscheid, das „Stadtpanorama".

BERICHTIGUNG

Im RM 27/11 berichteten wir über eine Demonstration, die in Hamburg am 26. Juni anläßlich des Kissinger- und Vorster-Besuchs in der DBR durchgeführt wurde. Zu dieser Demonstration hatte der KB aufgerufen. Sie wurde nicht, wie wir fälschlicherweise berichteten, von der Partei unterstützt; die Hamburger Genossen der Partei und RG nutzten diese Demo, um die trotzkistische Politik der KB-Führer zu entlarven. Sie konnten 90 Broschüren „KB – Konterrevolutionäre Trotzkisten" an Mitglieder und Sympathisanten des KB verkaufen.

Am Vortag, dem 25. Juni, hatte die Partei in Aktionseinheit mit der GRF eine Demonstration gegen das Imperialisten- und Rassistentreffen in einem Barmbeker Arbeiterviertel durchgeführt, und dazu breit unter der Bevölkerung mobilisiert.

Offen gesagt ...

Empörend!

In George Orwells berühmtem Roman „1984" wird eine Gesellschaft beschrieben, in der die Menschen vom ersten bis zum letzten Tag ihres Lebens überwacht, bespitzelt, ausspioniert und kontrolliert werden. „Der Große Bruder", wie die Menschen das Elektronengehirn nennen, mit dessen Hilfe die herrschende Klasse die Überwachung durchführt, überwacht die Menschen sogar im Schlaf. Wir leben zwar nicht im Jahr 1984, aber die Methoden, mit denen die herrschenden Kapitalistenklasse die werktätige Bevölkerung überwacht und bespitzelt, der Umfang, in dem die Schnüffelei betrieben wird, kommt schon fast an das, was Orwell beschrieben hat, heran. Seit einiger Zeit, nämlich seitdem in verschiedenen Bundesländern die Gesetze über den Verfassungsschutz verabschiedet worden sind, hat dieser Spitzeldienst auch ganz legal das Recht, jeden zu überwachen. Mehr noch: Alle Organe des kapitalistischen Staates, die Ämter und Behörden, ja sogar die Krankenhausverwaltungen, Lehrer und Professoren sind verpflichtet, dem Verfassungsschutz unaufgefordert „Bericht zu erstatten", wenn sie sehen, daß irgendjemand nicht „auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" steht. Niemand sollte sich Illusionen hingeben. Überwacht werden nicht nur einige wenige, überwacht werden schon heute Millionen. Die Kapitalisten fürchten das Volk, das sie unterdrücken und ausbeuten.

Für die „Gesetze über den Verfassungsschutz" gibt es kein Vorbild in der deutschen Geschichte. Selbst Hitlers Gestapo wurde 1933 nicht, wie selbst der Präsident der Celler Notarkammer, Holtorf, feststellte, ein auch nur ähnliches Gesetz als Rechtsgrundlage ihrer verbrecherischen Tätigkeit zur Verfügung gestellt. Heute ist das anders, denn heute leben wir, wie uns die Bonner Politiker täglich versichern, in einem „Rechtsstaat".

„Rechtens" ist heute, daß der Verfassungschutz darüber entscheidet, wer Lehrer wird und wer nicht. Es ist auch „rechtens", daß für die Einstellung eines Arztes in einem städtischen oder sonstigen Krankenhaus, das dem Staat untersteht, nicht mehr dessen fachliche Qualifikation zählt, sondern seine Treue gegenüber der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Der Verfassungsschutz entscheidet darüber, ob er eingestellt wird oder nicht. Und solange der Verfassungsschutz nicht entschieden hat, darf er keinen Patienten anrühren. In einem Hamburger Krankenhaus z. B. können zwei neue Medizinalassistenten ihre Arbeit nicht aufnehmen, weil der Verfassungsschutz noch nicht seine Erlaubnis gegeben hat.

Was kümmern den kapitalistischen Staat, auf dessen Rechnung sowieso schon die ständige Verschlechterung der ärztlichen Versorgung der werktätigen Bevölkerung kommt, die kranken Patienten. Er läßt sie eher sterben, als sie von einem Arzt behandeln zu lassen, dessen Treue gegenüber der kapitalistischen Ausbeuterordnung noch nicht vom Verfassungsschutz bescheinigt ist.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

30. Tagung der RGW

Revisionistische Länder im Griff der kapitalistischen Krise

In Berlin fand kürzlich die 30. Tagung des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" statt. Wir veröffentlichen aus diesem Anlaß einen Kommentar, den Radio Tirana am 14. Juli gesendet hat. In der Sendung heißt es:

Auf der jüngsten RGW-Tagung, die in Berlin stattfand, sangen Kossygin, Jaroszewicz, Todoroff (Chef der bulgarischen Revisionisten-RM) und einige andere Lobeshymnen auf die angeblichen „Erfolge", die die Mitgliedsländer dieser wirtschaftlichen Gruppierung in den letzten Jahren erzielt hätten. Ein Wortschwall nach dem anderen ergoß sich über die angebliche „erfolgreiche Erfüllung der Wirtschaftspläne", „Stabilität" und „Dynamik" der Wirtschaft. Sie wollten der Öffentlichkeit weismachen, die gegenseitigen Beziehungen der RGW-Länder seien durch eine „Übereinstimmung der Interessen", durch „wirtschaftliche Gleichberechtigung" gekennzeichnet und würden „keine Krisen und Erschütterungen" kennen. Sobald man aber den Propagandaschleier lüftet, mit dem Kossygin und die, die er nach Berlin geschleppt hat, die wirkliche Lage zu vertuschen suchen, kommt das düstere Bild der Atmosphäre zum Vorschein, die im revisionistischen Stall herrscht. Tatsache ist, daß die jüngste Tagung im düsteren Schatten der allgemeinen Krise stattfand, die die RGW-Länder erfaßt hat.

> **Spendet**
> **zur Unterstützung des Aufbaus der**
> **KPD/ML SEKTION DDR**
>
> **auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML**
>
> **Stadtsparkasse Dortmund**
> **Kto.Nr.: 321 004-547**
>
> **Stichwort:**
> **KPD/ML Sektion DDR**

Sehen wir uns etwas genauer an, womit sich Kossygin und Co. zu dieser Sitzung begaben. Vergleicht man die zu verschiedenen Zeiten veröffentlichten Ziffern der sowjetischen Statistik selbst, ergibt sich, daß die Industrieproduktion 1975 30 Mrd. Rubel geringer als vorgesehen war. Das Nationaleinkommen war in den beiden letzten Jahren 13,5 Mrd. niedriger. Die sowjetische Landwirtschaft erzeugte in den letzten fünf Jahren Produkte in einem Wert von 34 Mrd. Rubel nicht. Das entspricht etwa 40% der jährlichen Durchschnittsproduktion des Fünfjahrplans. Der Einzelhandel lieferte den Verbrauchern Waren in einem Wert von etwa 30,3 Mrd. Rubeln nicht. Die in dem in diesem Jahr begonnenen Fünfjahrplan vorgesehenen Ziffern sprechen ebensowenig von „Dynamik und Entwicklung" oder „Erfolgen". Die vorgesehene Zuwachsrate ist für diese Zeitspanne bei allen wichtigsten Wirtschaftssektoren 30 bis 40% niedriger.

Kossygin schwätzt von „Erfolgen" und „Wohlergehen", während gleichzeitig aus der Sowjetunion Nachrichten über große Knappheit auf dem sowjetischen Markt eintreffen. Genau dieser Tage, als der sowjetische Ministerpräsident in Berlin prahlte, gab die sowjetische Presse zu, in der Sowjetunion fehlten Nahrungsmittel, in den Geschäften gebe es noch kein Fleisch und keine Wursterzeugnisse, vor den Geschäften stünden lange Schlangen, das Wohnungsproblem sei ungelöst usw. usf. Andererseits treffen aus der Sowjetunion Tag für Tag Nachrichten ein über Preissteigerungen in verschiedener Form, über das Blühen des Privathandels und der Spekulation, über Millionen Arbeitslose oder Kurzarbeiter, über Inflation oder andere für die kapitalistische Ordnung typische Erscheinungen. **All das zeugt also keineswegs von der Lebenskraft und Stabilität der sowjetischen Wirtschaft, sondern von einer schweren Krise, die dieses Land ebenso wie die anderen revisionistischen Länder gepackt hat.**

Was für einen Wert haben die Worte von Jaroszewicz über die Erfolge, angesichts der polnischen Realität? Er traf in Berlin gerade nach den großen Schlägen und Erschütterungen ein, die die Gierek-Clique durch den entschlossenen Kampf der polnischen Arbeiterklasse einstecken mußte, denn die polnischen Arbeiter hatten sich gegen den Beschluß über die neuen Preiserhöhungen zur Verteidigung ihrer Interessen erhoben. Darüber bewahrte Jaroszewicz auf der letzten RGW-Tagung Stillschweigen. Er schwieg über die großen Mißerfolge in der Wirtschaft, über das Versinken der polnischen Revisionisten in Auslandsschulden, über das Handelsdefizit, das voriges Jahr 24mal so groß war wie zur Zeit Gomulkas. Und das ist natürlich. Stets versuchen sie mit ihren demagogischen Wortergüssen aus schwarz weiß zu machen, die Mißerfolge der Öffentlichkeit als Erfolge aufzutischen. Und die Beziehungen innerhalb des RGW, die in der Tat typisch kolonialistisch sind, wo die Moskauer Herren das Gesetz machen, bemühen sie sich, in den schillernsten Regenbogenfarben auszumalen.

Auch die anderen Mitglieder kamen zu dem jüngsten RGW-Treffen nicht mit einem besseren Gepäck. Die Ungarn kamen nach den starken Preiserhöhungen für die wichtigsten Artikel des täglichen Bedarfs, während der Moskauer Oberherr gleichzeitig einen großen Schwung dieser Artikel abnimmt, um seinen Bedarf zu decken. Ungarn lieferte außer dem geplanten Kontingent in die Sowjetunion Fleisch in einem Wert von 100 Mio. Dollar. Im Land wurden dagegen seine Preise heraufgesetzt. Es ist gezwungen, in den nächsten 10 bis 15 Jahren den sowjetischen Markt mit beträchtlichen Mengen Fleisch und Fleischprodukten, mit Weizen, Obst, Gemüse, Konserven und anderen Artikeln zu beliefern, für die Verträge unterzeichnet wurden.

Das gleiche läßt sich auch über Todoroff sagen, der unter den Satelliten den ersten Platz an Diensteifrigkeit gegenüber dem sowjetischen Oberherren einnahm. Nicht anders war aber auch die Sprache, die etliche andere Redner gebrauchten.

All diese Tatsachen zeigen, daß die Lage in der revisionistischen „Gemeinschaft" schlecht aussieht. Die Wirtschaftskrise vertieft sich tagtäglich. **Unter diesen Bedingungen wälzt die Sowjetunion, wie auch die wirtschaftlich stärkeren Staaten im Westen, die Last der Krise auf die schwächeren Staaten ab. Kossygin benutzte auf der jüngsten Tagung die Sprache des Diktats.** Er verlangte neue Investitionen in der sowjetischen Wirtschaft, ließ durchblicken, daß die sowjetischen Lieferungen an Roh- und Brennstoffen und anderen knappen Materialien stärker rationiert werden, daß die Sowjetunion die Preispolitik, die ihr große Profite einbringt, fortsetzen wird. Mit dem Hebel des wirtschaftlichen Drucks auf die anderen Länder und dem Schlüssel für die wichtigsten Energie- und Rohstoffquellen in der Hand diktiert sie jetzt ihren Willen, plündert sie die sogenannten „verbündeten" Länder aus, hält sie sie in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Abhängigkeit. Um diese bekannte neokolonialistische Politik zu verschleiern, reden Kossygin und Co. von „brüderlichen" Beziehungen und „brüderlicher" Hilfe zwischen ihnen, von „Erfolgen" und „wirtschaftlicher Vitalität", wie sie sie auch dieser Tage auf der Tagung des RGW wiederholten.

Diese Märchen haben inzwischen schon einen langen Bart. Die Völker erkennen immer besser, daß die sowjetischen Sozialimperialisten sie unter der Maske der Hilfe ausplündern, unter der Maske der Gleichberechtigung immer mehr unterwerfen, ihnen Schwierigkeiten und Leid verursachen. Und bei der Verwirklichung dieser Pläne haben die sowjetischen Sozialimperialisten die Unterstützung ihrer Lakaien in Sofia, Prag, Warschau und sonstwo. Lügen haben kurze Beine, heißt es im Volksmund. Daher können auch die betrügerischen Sprüche und die zynische Demagogie Kossygins und Co. nicht die bittere Realität der revisionistischen Länder vertuschen.

(Hervorhebungen von der Redaktion)

Breshnew sucht Sündenböcke

Es ist inzwischen gang und gäbe geworden, daß die Moskauer sozialimperialistischen Häupter, die Mißerfolge in der Landwirtschaft, mal Leitern des Landwirtschaftsministeriums, mal den schlechten Witterungsverhältnissen in die Schuhe schieben. So jetzt auch wieder. Sich auf ein sowjetisches Regierungsbulletin beziehend, berichten die Nachrichtenagenturen, daß zwei weitere hohe Beamte im Sektor der Landwirtschaft abgesetzt wurden, da sie für die Mißerfolge in der Landwirtschaft verantwortlich sein sollen. Im März waren aus demselbe Grund bereits andere Funktionäre dieses Sektors ihrer Ämter enthoben worden.

Diese ständigen Absetzungen können allerdings nicht die Mißerfolge in der heutigen sowjetischen Landwirtschaft rechtfertigen. Sie sind auf die kapitalistische Politik bei der Entwicklung des heutigen sowjetischen Dorfes und die Krise zurückzuführen, die die gesamte sowjetische Wirtschaft erfaßt hat.

Ungarns Revisionisten öffnen dem westlichen Kapital Tür und Tor

Die ungarische Nachrichtenagentur prahlt über die unvergleichliche Zunahme der Wirtschaftsabkommen, die Ungarn mit den westdeutschen, italienischen, französischen und englischen Monopolen und den Monopolen anderer kapitalistischer Länder verbunden haben. Der Nachrichtenagentur zufolge erreicht die Zahl der Abkommen in den letzten zehn Jahren 450. 43% davon beinhalten den Verkauf von Patenten, 30% die Produktion, 7% das gemeinsame Auftreten auf Drittmärkten und anderes. Die revisionistische Nachrichtenagentur MTI erwähnt aber nicht, wem diese Abkommen nutzen. Die Tatsache selbst, daß Ungarn in den Wirtschaftsbeziehungen mit vielen der Länder, mit denen die Budapester Clique die Zusammenarbeit so sehr verstärkt hat, eine passive Bilanz hat, zeigt, daß die Abkommen den westlichen Monopolen dienen, dem Eindringen ausländischen Kapitals in Ungarn. Allein bei dem Handelsaustausch mit den USA hat Ungarn eine passive Bilanz von 91 Millionen Dollar.

Ihr "Verbrechen"-Streik

Terrorurteile gegen polnische Arbeiter

Knapp drei Wochen nach dem Streik der polnischen Arbeiter gegen die angekündigte Preiserhöhung durch die Gierek-Clique, fanden jetzt in Warschau und in Radom Prozesse gegen insgesamt 13 polnische Arbeiter statt. Zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 5 Jahren wurden sieben Arbeiter des Traktorenwerkes Ursus verurteilt. Zu Gefängnisstrafen zwischen 4 und 10 Jahren sechs Einwohner von Radom, der Stadt, in der die Arbeiter im Kampf gegen die Preiserhöhungen und das sozialfaschistische Regime das örtliche Parteibüro in Brand gesteckt hatten.

Weitere Terrorurteile werden folgen. Mindestens 12 Arbeiter allein der Ursus-Werke bei Warschau sollen noch in Untersuchungshaft sein.



Szczecin 1970: Streikende Arbeiter der „Warski"-Werft halten eine Versammlung ab.

Gleichzeitig wurden zig Arbeiter von den Betriebsleitungen gleich nach dem Streik entlassen. Sie laufen Gefahr, als „arbeitsscheue" Elemente aufgegriffen und ebenfalls eingesperrt zu werden.

So mancher, der hört, daß in Polen Arbeiter zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt werden, nur weil sie gegen Preiserhöhungen streiken, wird empört gefragt haben: „Und das soll Sozialismus sein? Das ist ja schlimmer als bei uns!"

Das ist es auch! Die Urteile gegen die streikenden Arbeiter in Polen zeigen, daß hier eine Ausbeuterklasse über die Arbeiter (Un)recht spricht. Aber nicht nur das. Die Schnellgerichtsverfahren, in denen die Arbeiter abgeurteilt wurden, die Höhe der Urteile und die faschistische Propaganda der polnischen Revisionisten, die diese Prozesse begleitet, zeigen, daß hier mit faschistischen Methoden Rache genommen wird. Rache für die Niederlage, die die polnische Gierek-Clique durch den heldenhaften Kampf der Arbeiter erlitten hat.

Besonders empörend ist, wie die revisionistische Presse diese Prozesse kommentiert. Der Tenor dieser Hetze ist gerade uns Westdeutschen wohl bekannt. Die revisionistische Presse allerdings übertrifft sogar noch Springer's „Bild", wenn es darum geht, kämpferische Arbeiter als Abschaum der Menschheit zu verleumden. Sie werden nicht nur als Verbrecher beschimpft, als Plünderer und Alkoholiker verleumdet, sondern gleichzeitig noch als „gut verdienende Personen" hingestellt, um so auch dem letzten einzubleuen, daß diese Arbeiter in Wirklichkeit gar nicht gegen die Preissteigerungen auftreten wollten. Und für den Fall, daß die polnische Arbeiterklasse dies alles nicht glauben sollte, versucht man noch ein Weiteres, um die Solidarität mit diesen Arbeitern zu brechen: man stellt sie als Verräter hin und behauptet, sie hätten vor Gericht „Reue bekundet".

Gleichzeitig tut die revisionistische Presse noch so, als seien diese hohen Gefängnisstrafen eine besondere „Gnade", da man nach geltendem polnischen Recht diese Arbeiter auch als „Staatsfeinde" zum Tode hätte verurteilen können. Was ist das anderes als eine offene Drohung an die polnische Arbeiterklasse, die sich mit Sicherheit bei weiteren Angriffen durch die Gierek-Clique nicht stillhalten wird? Was ist das aber auch anderes als ein Eingeständnis Giereks, daß seine Politik des „Dialogs" und der „Diskussion mit dem Volk" nichts als eine zynische Farce ist.

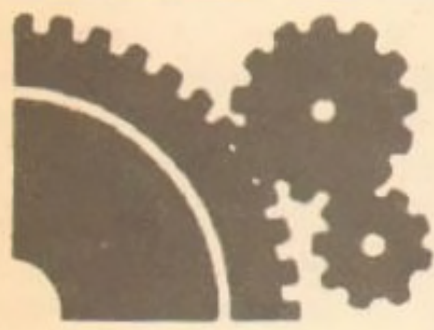
Aber die polnische Arbeiterklasse wird sich dadurch nicht schrecken lassen. Das Exempel, das die Gierek-Clique mit diesen Prozessen statuieren wollte, wird seinen Zweck verfehlen. Es wird nicht den Ausbeuterfrieden der polnischen Bourgeoisie sichern, sondern den Klassenhaß unserer polnischen Klassenbrüder schüren, ihre Gewißheit schüren, daß es aus diesem sozialfaschistischen Gefängnis keinen anderen Ausweg gibt, als die neue Bourgeoisie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats in Polen wiederzuerrichten.

Unterstützen wir die polnische Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei Polens, die in tiefer Illegalität ihre Kämpfe führt!

Unsere verfolgten Klassenbrüder in Polen und ihre Angehörigen brauchen unsere Solidarität. Dazu gehört auch die finanzielle Unterstützung. Dazu gehört aber vor allem der Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten, die die polnischen Werktätigen mit ausbeuten, die den Sozialfaschisten Gierek als „Kommunisten" feiern und polnische Menschen handeln wie ein Stück Vieh. Dazu gehört nicht weniger der Kampf gegen die Partei, die sich „kommunistisch" nennt und im Chor mit den Imperialisten und Sozialfaschisten über die polnischen Arbeiter und ihren revolutionären Kampf herfällt.

> CZERWONY SZTANDAR
>
> **Zentralorgan der Kommunistischen Partei Polens**
>
> **Spendenaufruf**
>
> **Spendet**
> **zur Unterstützung des Kampfes der illegalen Kommunistischen Partei Polens!**
>
> **Stadtsparkasse Dortmund**
> **KtoNr.: 321 004-547**
> **Stichwort: POLEN**

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Feuer bei AEG - trotz giftiger Dämpfe zur Arbeit gezwungen

„Band abstellen! Alles raus! Feuer!", und jeder sah zu, daß er nach draußen kam. Was war geschehen?

Gegen 18.15 Uhr fing in der AEG-Kühlmaschinenfabrik in der Nähe der Kompressorenfertigung wahrscheinlich die Farbe (Nitro) Feuer. Es gab eine ziemlich hohe Stichflamme und schnell breitete sich der Qualm in der ganzen Halle aus. Da außer der Farbe nichts brennen konnte (Machinen aus Metall, Fußboden aus Stein), konnte der Brand nach einer Stunde gelöscht werden.

Also nicht weiter schlimm?

Vier Leute wurden mit Schockverletzungen abtransportiert, das war der Anfang. Gegen 19.45 Uhr wurden die ersten Abteilungen wieder reingeholt. Es sollte weitergearbeitet werden. Eine Kollegin war darüber sehr empört, da sie von einem Feuerwehrmann erfahren hatte, vor acht Stunden dürfe keiner in die Halle, da die Nitrodämpfe schädlich seien. Der Betriebsleiter Kurras, der extra vom Abendbrottisch in die AEG geeilt war, rannte besorgt hin und her. Besorgt, nicht um die Kollegen, sondern um die Produktion. Es mußte so viel wie möglich gemacht werden. Scheinbar väterlich trat er ca. 10 Frauen gegenüber auf, als diese sich weigerten zu arbeiten. Er bot ihnen an, hinauszugehen, wenn es nicht anders ginge. Nun, die meisten Frauen eines Bandes der großen Halle haben davon Gebrauch gemacht. Viele hatten vom Gestank Kopfschmerzen, Kratzen im Hals und Brechreiz. Nach der 9 Uhr-Pause, als wir wieder alle draußen standen, kam Kurras persönlich heraus, um uns wieder reinzuholen. Er meinte, alles wäre in Ordnung. Ein Kollege meinte, dann solle er doch mal arbeiten. Kurras versuchte nun, ihn zu überzeugen, daß auch er die ganze Zeit sich in der Halle aufhält und daß man nichts von dem Gestank mehr merkt. Außerdem würden ja alle freiwillig arbeiten, da ja keiner rausgehe usw.

Als dann aber bei einer Frau der „freie Wille" fehlte, sie sich zum zweiten Mal übergeben hatte und deshalb Kurras fragte, ob sie rausgehen könne, da sagte er zu ihr, sie solle sich nicht so anstellen, alle anderen würden ja auch arbeiten.

Ein allgemeiner Unwille zu arbeiten, war zwar da, doch hofften anfangs noch viele, daß „die da oben" doch so verantwortungsbewußt sind, sie nach Hause zu schicken. Einige meinten dann später, da hätten einfach alle draußen bleiben sollen. Wenn man geschlossen aufgetreten wäre, hätten die Bonzen nichts machen können. Die Betriebsleiter, Meister, Vorarbeiter denken nur an den Akkord, damit sie genug Kühlschränke haben. (Übrigens waren die Vertrauensleute mit die ersten, die wieder an die Arbeit gingen.) Wenn es um uns geht, müssen wir die Sache selbst anpacken.

Rot Front,
ein Genosse aus Kassel

Alkohol als Waffe der Kapitalisten gegen die Arbeiter

Zur Zeit arbeite ich als Busfahrer in einer Bremer Brauerei des Beck & Co. Bierkonzerns. Ich möchte Euch kurz berichten, wie die Bierkapitalisten die Brauereiarbeiter mit Zuckerbrot und Peitsche aufs Äußerste ausbeuten und unterdrücken:

Als Busfahrer bekommt man grundsätzlich keine bezahlten Überstunden. Warum? Ein Prokurist erklärte das so: „Im Winter brauchen die Fahrer sowieso nur bis 14.00 oder 14.30 Uhr zu arbeiten und wenn sie dann im Sommer ein bißchen länger arbeiten ... Außerdem ist das tariflich abgesichert. Natürlich ist das im Sommer Knochenarbeit, aber schließlich haben die Fahrer sich ja ihren Job ausgesucht."

Die Arbeit sieht dann so aus: um 6.00 Uhr den Wagen beladen, im Laufe des Tages ca. 130 bis 200 Kisten schleppen, abrechnen, den Wagen entladen. Die Touren werden so vollgestopft, daß grundsätzlich die 1/2 stündige Mittags- und Frühstückspause nicht gemacht werden kann. Warmes Essen gibt es erst abends. Am Umsatz pro Kiste sind die Fahrer mit je 3,8% beteiligt, was bedeutet, daß man den Leuten auch das Bier aufschwatzen muß, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Nicht anders sieht es mit der Arbeitshetze im Flaschenkeller aus. Die Flaschen werden durch die Waschanlage gejagt ohne Rücksicht auf Verluste. Acht Stunden und mehr zum Beispiel vor dem Ausleuchtungsschirm zu sitzen und [illegible]0 000 bis 25 000 Flaschen auf Sauberkeit, Absplitterungen usw. in der Stunde zu prüfen, ist „normal".

Natürlich wehren sich die Brauereiarbeiter spontan auf diese oder jene Weise gegen die ungeheure Hetze. Z.B. werden absichtlich die Flaschen falsch in die Waschmaschine gesteckt, damit eine 1/2 stündige Pause, die zum Öffnen und Richten der Waschmaschine dann notwendig ist, herausgeschunden wird. Auch wenn dann die Zeit nachgearbeitet werden muß – immer noch besser, als sich kaputtzumalochen.

Aber der Bourgeois kennt seine Mittel, um den Kampf der Kollegen abzuwürgen: fein ausgeklügelte Spaltung und Abstufungen unter den Arbeitern und das Gift der Bourgeoisie, den Alkohol. In der Brauerei, in der ich arbeite, sieht das so aus, daß in der Kantine ein offener Ausschank eingerichtet ist. Das bedeutet, die Kollegen können sich Tag und Nacht in den Pausen so viel Bier zapfen, wie sie vertragen können – oder auch nicht. Das ist dem Kapitalisten egal, wenn es darum geht, den Kampfeswillen der Arbeiter zu brechen. Die Auswirkungen sind verheerend: Bei Schichtbeginn um 6.00 Uhr zapfen sich viele Kollegen die ersten Halben, dann zwischendurch bei der Arbeit (was zwar offiziell verboten ist, aber „geduldet" wird), dann die nächsten beim Frühstück, Mittag, Feierabend, wo meistens noch 'ne Flasche Weinbrand oder Korn dazukommt. Bei einigen führt das natürlich zur physischen und geistigen Ruinierung. Aber das schert den Bourgeois einen Dreck.

Wie gezielt diese Kapitalisten ihr Gift einsetzen, soll ein Beispiel zeigen: Vor einigen Monaten sollte ein junger Kollege gekündigt werden, weil er gegen den § 218 Unterschriften in der Kantine gesammelt hatte. Er bekam die fristgerechte Kündigung wegen „parteipolitischer Betätigung". Gegen die Kündigung sammelte er wiederum Unterschriften und besprach sich mit seinen Kollegen. Daraufhin wurde er fristlos entlassen.

Am gleichen Tag nach Feierabend waren die Kollegen darüber sehr aufgebracht und blieben noch an den Tischen in der Kantine sitzen, um über die geplante politische Entlassung zu sprechen. Der Betriebsrat, ein bestochenes Subjekt, kam mit schmierigem Lächeln herein, stellte sich hinter den Ausschank und zauberte eine Kiste Korn hervor, die von der Betriebsleitung „wegen guter Arbeitsleistung der Arbeitnehmer" spendiert worden sei. Bald darauf war natürlich der gekündigte Kollege vergessen. Liebe Genossen, diese kurze Korrespondenz soll zeigen, wie die Bourgeoisie bewußt versucht, die Arbeiter in den Alkoholismus zu treiben, um sie so zu willfährigen Lohnsklaven zu machen.

Rot Front,
ein Genosse aus Bremen

Kaufhauskapitalisten

Schwarze Listen gegen die Verkäuferinnen

In den großen Kaufhäusern läuft der Sommerschlußverkauf auf Hochtouren. Für die Verkäufer und Verkäuferinnen werden in dieser Zeit, die Lasten der kapitalistischen Rationalisierung noch unerträglicher. „Kaufhäuser und Versandhandel nutzen rigoros ihre Wettbewerbsvorteile. Beim wichtigsten Kostenträger, dem Personal, wurde fast überall gespart.." schreibt „Die Zeit" vom 25.7.

Und die Kollegen in den Kaufhäusern bekommen das zu spüren! Bei dem extrem niedrigen Gehalt – eine Verkäuferin im 2. und 3. Berufsjahr bekommt monatlich 850,- DM, das sind bei einer verheirateten Kollegin in Steuerklasse I 560 DM – verschärft sich tagtäglich die Arbeitshetze und Unterdrückung.

Über 90 000 Verkäuferinnen sind derzeit erwerbslos. Damit liegt die Arbeitslosenquote mit 5,3% in der Branche des Einzelhandels erheblich über dem Durchschnitt. Den wenigen offenen Stellen steht also ein Heer von Angestellten gegenüber, und die Kaufhauskapitalisten nutzen diese Lage, um den unglaublichen Druck auf die Verkäuferinnen und Verkäufer noch zu verstärken.

Schwarze Listen

So verfeinern sie ständig ihre Kontroll- und Spitzelmethoden. In einem internen Rundschreiben rät die Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel ihren „Mitgliedern" folgendes:

„Gute Arbeitskräfte stehen daher dem Arbeitsmarkt nur in Ausnahmefällen zur Verfügung. Übrig bleiben in aller Regel Personen, die entweder nicht arbeiten wollen, oder aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten können, aber auf Arbeitseinkommen angewiesen sind. An beiden Personengruppen wird der Arbeitgeber im Ergebnis keine Freude haben.", oder:

„Wir empfehlen Ihnen daher, unter allen Umständen vor jeder Neueinstellung bei den früheren Arbeitgebern, Auskünfte einzuholen. Die Firmen sollten – wenn sie schon keinen schriftlichen Arbeitsvertrag schließen – wenigstens den Personalbogen ausfüllen lassen. Bei einer Vielzahl von Arbeitsverhältnissen innerhalb kurzer Zeit sollte von einer Einstellung überhaupt abgesehen werden: mit Sicherheit hält ein solcher Arbeitnehmer es nirgendwo lange aus ..."

Und die Hauptverwaltung Kepa/Karstadt SB fordert in ihrem Rundschreiben vom 9.7. „zur verstärkten Zusammenarbeit und zum Austausch über besondere Vorkommnisse und ehemalige Mitglieder befreundeter Firmen" auf.

Von wegen **„freie Wahl des Arbeitsplatzes", von der so oft die Rede ist. In dem eben zitierten Rundschreiben wird deutlich, daß es die nur im Munde der Hochjubler der „freiheitlichen Demokratie" gibt, die Wirklichkeit aber anders aussieht: Auf schwarzen Listen werden all die geführt, an denen „die Arbeitgeber keine Freude haben"!** Also die Kollegen, die die unmenschliche Ausbeutung und Unterdrückung im Betrieb krank gemacht hat, oder die, die dagegen den Kampf aufgenommen, und wegen „Betriebsfriedensstörung" o.ä. entlassen wurden.

Diese unverschämten Unterdrükkungsmaßnahmen sind nur die Spitze des Eisbergs. Mit der großangelegten Rationalisierung und der steigenden Arbeitshetze wächst auch die Kontrolle direkt im Betrieb. Mit unglaublichen Schikanen, bis hin zur offenen Bespitzelung, versuchen die Kaufhauskonzerne, die Kollegen in Schach zu halten. Üble Spaltungsmanöver von seiten der Geschäftsführer und Gruppenleiter beherrschen den Alltag im Kaufhaus.

Testkunden

So werden z.B. sogenannte „Testkunden" eingesetzt, die die Aufgabe haben – sich äußerlich nicht von normalen Kunden unterscheidend – die Verkäuferinnen zu überprüfen, Fehler oder Unaufmerksamkeiten **sofort** der Geschäftsleitung zu melden, Mißtrauen und Unsicherheit unter den Kollegen zu säen. So wurde z.B. in einem Bochumer Kaufhaus eine Verkäuferin zur Geschäftsleitung gerufen, wo ihr gesagt wurde, daß eine „Testkundin" gemeldet hätte, daß sich die Verkäuferin beim Abkassieren Geld in die Tasche gesteckt habe. Die Frau fiel aus allen Wolken, und beteuerte, daß das nicht stimme. Sie zeigte auch ihre Kitteltaschen, worin sich kein Geld befand. Der Geschäftsleiter tat dann zwar so, als glaube er der Kollegin, tat aber nichts, um die Sache aufzuklären, was anhand der Kasse leicht möglich gewesen wäre. (Im Gespräch war außerdem noch davon die Rede, daß eine andere Kollegin das Ganze mitangesehen hätte.)

```
Sehr geehrte Herren!

Mit den Unternehmensleitungen der befreundeten Firmen (Kaufhof/
Kaufhalle, Hertie/Bilka, Horten und Quelle) und mit der Karstadt
AG haben wir vereinbart, den Informationsaustausch auf der Ebene
der Geschäftsleitungen zu intensivieren.

Wir bitten Sie, davon Gebrauch zu machen, um möglichen Schaden
von den beteiligten Firmen abzuwenden.

1. Telefonische Informationen über nachfolgende Vorkommnisse:
   - Bombendrohungen, Demonstrationen, Störaktionen
   - Einbruch-, Einschließdiebstahl
   - methodisch durchgeführter, trickreicher Einzel- oder Banden-
     diebstahl durch Fremde oder Mitarbeiter
   - Diebstähle aus verschlossenen Vitrinen, verglasten Rückwän-
     den oder Lägern, die vermutlich mit Nachschlüsseln durchge-
     führt wurden
   - Geschäftsberaubung (z.B. Kassen- und Botenberaubung) und
     räuberische Erpressung
   - Betrug durch Mitarbeiter fremder Firmen (z.B. Propagandisten)
   - Betrug durch Lieferanten/Lieferfahrer (z.B. Frischdienst)
   - Auftauchen von Falschgeld
   sowie über Vorkommnisse ähnlicher Art.
                      ...stellung ehemaliger Mitarbei-
                      ... Voraus-
```

Diese „Testkunden" werden auch eingesetzt, um Schikanebestimmungen wie jegliches Ess- und Trinkverbot im Laden, oder Sitzverbot hinter der Theke während kleiner Verschnaufpausen, durchzusetzen. Solche Bestimmungen führen besonders im Sommer bei großer Hitze und im Schlußverkaufsrummel dazu, daß Kollegen ohnmächtig werden oder wegen starker Kreislaufbeschwerden krank sind. Hier haben die Kaufhauskapitalisten aber gleich das nächste Druckmittel zur Hand: ist eine Verkäuferin 3 Mal im Jahr krank gewesen, so soll überprüft werden, ob sie überhaupt für die Arbeit „tauglich" ist.

All diese Maßnahmen der Spaltung, Bespitzelung und Einschüchterung halten jedoch die Kaufhauskollegen nicht davon ab, sich im Kampf gegen die Unterdrücker, die großen Kaufhausmonopole zusammenzuschließen. So kämpfen z.B. die Kollegen eines Bochumer Kaufhauses beharrlich gegen die Streichung des Weihnachtsgeldes:

Kampf gegen Weihnachtsgeldstreichung

Am 12.8.76 hat die Kepa 50-jähriges Firmenjubiläum. Zu diesem Anlaß verschickte die Geschäftsleitung ein Rundschreiben an die einzelnen Filialen und teilte Arbeitern und Angestellten mit, daß ihnen eine Jubiläumsprämie gezahlt werde. Unverschämterweise erklärte sie quasi im gleichen Atemzug, daß das Weihnachtsgeld in diesem Jahr gestrichen werden soll, damit „die finanzielle Leistungskraft des Unternehmens nicht überfordert werde"!

Die Empörung unter den Kollegen in den Abteilungen war groß, zumal sie in dem Schreiben auch noch aufgefordert wurden, sich „mit ganzer Kraft für den Erfolg des Jubiläumsverkaufs einzusetzen". Eine ungeheuere Provokation, zumal die Kepa-Kollegen durch großen Personalmangel sowieso gezwungen sind, ständig ihre „ganze Kraft" nur für die Profite der Kepa-Kapitalisten einzusetzen! – Sofort verfaßten sie ein Protestschreiben und erteilten der Geschäftsleitung eine klare Absage. Sie forderten zum einen die Zahlung des Weihnachtsgeldes zusätzlich zur Jubiläumsprämie, zum anderen die Verlegung des Stichtages der Zahlung vom 1.7.76 auf den 12.8.76 (das, weil ansonsten für einen Teil der Kollegen das Weihnachtsgeld wegen einer Verlegung verlorengeht). Innerhalb von kurzer Zeit hatten sie im Betrieb die Unterschriften von 51 Kollegen, rund der Hälfte der Kollegen, gesammelt. Über eine fortschrittliche Betriebsratskollegin forderten sie den Betriebsrat auf, ihren Kampf zu unterstützen.

In einer eiligst einberufenen Betriebsratssitzung argumentierte die Mehrheit des Betriebsrates, das Weihnachtsgeld sei in der Jubiläumsprämie enthalten, außerdem gäbe es steuerliche Vergünstigungen und der Betriebsrat mache sich lächerlich, wenn er sowas unterstütze. Schließlich erklärte er offen, die Kollegen sollten diese Unterschriftenliste vernichten.

Besonders die Betriebsratsvorsitzende entfaltete nun eine Hetzkampagne gegen die fortschrittliche Kollegin. Es wurde beschlossen, eine außerordentliche Betriebsversammlung einzuberufen, um die Kollegen umzustimmen; vor allem, um die fortschrittliche Betriebsrätin von ihren Kollegen zu isolieren; ihr „Vorspiegelung falscher Tatsachen, Manipulation und Verhetzung" nachzuweisen. Doch die Kollegin blieb standhaft und entlarvte vor den anderen die Machenschaften des Betriebsrates, vor allem die der Betriebsratsvorsitzenden. Diese hatte inzwischen die Geschäftsleitung aufgefordert, eine Verwarnung gegen die Betriebsrätin auszusprechen, was auch unmittelbar erfolgte.

Aus Angst vor der Empörung und dem Protest der Kollegen berief der Betriebsrat keine Betriebsversammlung ein, sondern beschloß, Abteilungsversammlungen durchzuführen. Der fortschrittlichen Betriebsratskollegin wurde verboten, als Vertreterin des Betriebsrates daran teilzunehmen.

Aber auch durch diese Maßnahmen konnten weder die Kollegen eingeschüchtert, noch die Kampffront aufgespalten werden. Im Gegenteil! Die Kollegen erklärten sich offen mit ihrer Betriebsrätin solidarisch, und nehmen sie vor den Angriffen von Betriebsrat und Geschäftsleitung in Schutz.

Interview mit einem revolutionären Vertrauensmann

Seit den Vertrauensleutewahlen im Bereich Chemie und Metall ist bereits einige Zeit vergangen. Wir haben bereits im letzten „Roten Morgen“ berichtet, daß unter den in diesem Jahr gewählten Vertrauensleuten auch einige sind, die als revolutionäre Kollegen zum ersten Mal diese Aufgabe anpacken. Was haben sie in den vergangenen Wochen getan? Welche Probleme haben sich gestellt? Welche Erfolge wurden errungen? Um unseren Lesern auf diese Fragen eine Antwort zu geben, sprach der „Rote Morgen“ mit einem der vor kurzem gewählten Vertrauensmänner.

RM: Genosse, Du bist vor einiger Zeit zum Revolutionären Vertrauensmann gewählt worden. Bevor wir auf deine bisherigen Erfahrungen eingehen · Wie war die Lage in Deiner Abteilung zum Zeitpunkt der Wahl?

Genosse: Ich bin von der großen Mehrheit der Kollegen gewählt worden, da sie einen Vertrauensmann haben wollten, der sich entschieden und konsequent für ihre Interessen einsetzt und der sich nicht einläßt auf die Verrats-und Mauschelpraktiken der Gewerkschafts-und Betriebsratsbonzen bzw. der D„K“P-Revisionisten. Als Kommunist war ich nur den fortschrittlichsten Kollegen bekannt, da ich gegenüber Meister, Vorarbeiter und Arbeiterverrätern verdeckt arbeitete. Unsere Zelle sah in der Wahl die gute Möglichkeit, den revolutionären Zusammenschluß der Kollegen gegen die Kapitalisten voranzutreiben, den Einfluß des DGB-Apparates und anderer Arbeiterverräter unter den Kollegen zurückzudrängen.

RM: Welche Erfahrungen hast Du bei der Verfolgung dieser Linie gemacht?

Genosse: Zuerst einmal ging es nach der Wahl darum, das Vertrauen, das die Kollegen in mich gesetzt hatten, zu rechtfertigen. Denn ein Teil der Kollegen hatte mich hauptsächlich auf Grund der Propaganda der fortschrittlichen Kollegen, die schon viel länger in der Abteilung sind, gewählt. Mich selber kannten sie bis dahin wenig, da wir in voneinander getrennten Gruppen arbeiten.

Ich informierte also die Kollegen gründlich über alle auf Vertrauensleutesitzungen auftauchenden Fragen und besprach sie mit ihnen. Das war früher nie bei uns passiert. Ausserdem setzte ich mich nachdrücklich für die Beseitigung einiger die Kollegen bedrückender Mängel an Maschinen und Arbeitsbedingungen ein. So diskutierte ich viel mit allen Kollegen der Abteilung, lernte ihre Sorgen und Nöte kennen,und sie gewannen langsam ein gewisses Maß Vertrauen zu mir. Ich wurde gewissermaßen zum Angelpunkt ihres Widerstandes gegen die Kapitalisten. Das wäre ohne die Tätigkeit als V-Mann in dem Ausmaße nicht möglich gewesen.

RM: Kannst du das vielleicht an einem Beispiel aufzeigen?

Genosse: Vor der ersten Belegschaftsversammlung nach meiner Wahl besprach ich mit allen Kollegen unsere brennendsten Probleme und trug diese dann vor. Dabei propagierte ich den selbstständigen Kampf und griff den Betriebsrat indirekt an – auch jetzt arbeite ich noch nicht offen gegenüber diesen Verrätern. Bei einem der Probleme handelte es sich um eine Rationalisierungsmaßnahme der Kapitalisten, die gleichzeitig mit gesundheitlichen Gefahren verbunden war. Das hatte die Kollegen sehr beschäftigt und beunruhigt. So kamen einige nach der Versammlung zu mir und drückten ihre Begeisterung, Zustimmung und auch Dankbarkeit darüber aus, daß das mal endlich aufgezeigt und angegriffen worden war. Einen Teilerfolg konnten wir durch den Auftritt schon erzielen, doch die Hauptangriffe kommen noch auf uns zu, und es ist noch unklar, ob wir eine genügende Widerstandsfront aufbauen können.

Ein anderes Beispiel: In den letzten Jahren ist die Arbeitsbelastung bei uns stark gestiegen. Deshalb fordern die Kollegen eine innerbetriebliche Lohnregulierung. Die Vorbereitungen, die wir gerade treffen, sind die, daß wir erst eine möglichst große Einheit mit klaren Forderungen herzustellen versuchen, ehe wir an die Arbeiterverräter des Betriebsrates herantreten, um uns nicht gleich im Ansatz spalten und unterbuttern zu lassen.

RM: Aus Deinen Ausführungen geht schon hervor, wie gefährlich der DGB-Apparat und die Arbeiterverräter im Betrieb, vor allem die D„K“P-Revisionisten, für den Kampf der Arbeiterklasse sind. Wie hat sich das noch gezeigt?

Genosse: Mir ist noch klarer geworden, wie der Gewerkschaftsapparat den Vertrauenskörper systematisch benutzt, um über ihn die Ideologie der Klassenversöhnung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, wie er außerdem versucht, jeglichen Widerstand der Kollegen von Anfang an in den Griff zu bekommen, um ihn unterdrücken oder in ihrem Sinne manipulieren zu können.

Die aufgeschreckte Reaktion des Betriebsrates nach meinem Auftritt auf der Betriebsversammlung macht das deutlich. Sofort begannen sie mich „abzutasten“, um meine Einstellung genauer herauszubekommen, und gleichzeitig versuchten sie mich für sie einzufangen. Selbst technische Hilfsmittel dienen der Kontrolle. So bekommt man entsprechende Betriebsvereinbarungen nur beim Betriebsrat, obwohl die eigentlich jeder Vertrauensmann braucht, und läuft halt mehrere Wochen dahinter her, wenn diese Herren es wollen.

RM: Da ist also – wie die Partei schon immer sagt – nichts von der angeblichen „innergewerkschaftlichen Demokratie“ zu spüren?!

Genosse: Nein, dazu noch ein Beispiel, das im Gegenteil zeigt, wie reaktionär der Gewerkschaftsapparat ist. Bei der Wahl der Vertrauenskörperleitung unseres Werkes hatte die stärkste Gruppierung im Betriebsrat und Vertrauenskörper, Revisionisten und linke Sozialdemokraten, die ja gerade die „innergewerkschaftliche Demokratie“ immer so hochloben – gedruckte Listen mit den Namen der Kollegen vorbereitet, die ihrer Vorstellung nach die Leitung bilden sollten. Jeder Vertrauensmann erhielt eine. Außerdem kümmerten sich die Betriebsräte speziell um die erstmals gewählten Vertrauensleute, um sie von der Notwendigkeit zu „überzeugen“, gerade diese Leute zu wählen. Auch Demokratie müsse geplant werden, war die Entgegnung auf Einwände gegen dieses undemokratische Verfahren. Vorgestellt wurden die Anwärter nicht. Was bleibt einem zwar ehrlichen, aber noch nicht klar blickenden Kollegen über, als die Vorgeschlagenen zu wählen, auch wenn sich pro forma noch einige andere zur Wahl stellten – zumal man seinen Stimmzettel unter den „strengen“ Augen des in der Nähe sitzenden Betriebsrat ausfüllen mußte? Wer will schon gleich unangenehm auffallen? Das Ergebnis? Alle Vorgeschlagenen wurden gewählt, die maximale Stimmenzahl eines nicht auf der Liste stehenden war, etwa ein Zehntel der Listenkandidaten.

RM: Es gibt doch sicher auch unter den Vertrauensleuten Widerstand gegen solche Vorgehensweisen und überhaupt gegen den DGB-Apparat?!

Genosse: Sicher. Denn diese unterste, Ebene des Apparates kann ja nun mal nicht ganz gegen ehrliche oder gar revolutionäre Kollegen aus unseren Reihen abgeschottet werden. Spontan äußert sich das in der Form von Unwillen oder Schimpfen einzelner Kollegen auf einzelne Bonzen oder den ganzen Apparat. So bestand in letzter Zeit eine breite Opposition gegen die IG-Metall-Beschlüsse, daß keine außertariflichen Lohnforderungen gestellt würden.

Doch man muß auch klar sehen, daß dieser vorhandenen Opposition eine klare revolutionäre Stoßrichtung gegeben werden muß, sonst hat sie keine Stoßkraft, wird von den Revisionisten auf „konstruktive“ Bahnen gelenkt und versandet immer wieder. Denn entweder resignieren die ehrlichen Kollegen – machen nichts mehr, kommen nicht mehr zu Sitzungen usw.,„weil ja doch alles keinen Zweck hat“ – oder sie werden im Laufe der Zeit von den Arbeiterverrätern verseucht, korrumpiert und auf ihre Seite in den Sumpf gezogen. Bei dieser schmutzigen Arbeit tun sich besonders die modernen Revisionisten mit ihrem scheinoppositionellen Auftreten gegen den Gewerkschaftsapparat hervor.

RM: Genosse, durch Deine Arbeit als Vertrauensmann kannst Du und mußt Du den Einfluß der Partei in der Arbeiterklasse vergrößern.

Genosse: Ja, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Nach meiner Wahl ging es in der ersten Zeit hauptsächlich darum, den Zusammenschluß der Kollegen, der bei der Wahl erreicht worden war, zu festigen und eine festere Vertrauensbasis zu schaffen. Doch es ist klar, daß im gemeinsamen Kampf und in der Diskussion mit den Kollegen einige von ihnen sich als die fortschrittlichsten, mit dem klarsten Klassenbewußtsein erweisen. Da ich noch verdeckt gegenüber Geschäftsleitung und Arbeiterverrätern arbeite – d.h. auch, daß ich nicht gegenüber allen Kollegen offen als Kommunist auftreten kann – gilt es dann gerade, die fortschrittlichsten Kollegen anzusprechen auf die Frage des Auswegs, der Revolution, des Kommunismus und über diese Kollegen den Einfluß der Partei zu verstärken. Da muß ich sagen, daß ich diese Aufgabe nicht immer konsequent und zielstrebig genug verfolgt habe. Begünstigt wird das sicher einerseits durch die zu übergroßer Vorsicht verleitende Arbeitsweise, andererseits aber auch durch die sich spontan aufdrängende Tendenz, sich allein auf die Tageskämpfe zu beschränken.

Diesen Fehler muß und werde ich in Zukunft korrigieren.

RM: Genosse, wir danken Dir für das Gespräch und wünschen Dir und Deinen Kollegen viel Erfolg im weiteren Kampf.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

DICKE PRÄMIEN FÜR MEISTER UND BETRIEBSRÄTE

Vor einigen Wochen wurde bekannt, daß Balthasar Schell, Betriebsrat von BI, „Refa-Experte“ des Betriebsrates, rechte Hand Ludwigs und insbesondere Busenfreund von Dörfler, für einen „Verbesserungsvorschlag“ ca. 18 000 DM Prämie kassiert hat. Wenn wir einen Verbesserungsvorschlag eingereicht haben, hören wir entweder monatelang nichts davon, oder unser Vorschlag wird als „nicht durchführbar“ abgelehnt. Dagegen erhalten solche Elemente wie BR Schell und Meister Rentsch die dicken Gelder: so Rentsch in diesem Jahr bereits über 10 000 DM und Schell in den letzten Jahren wohl insgesamt ca. 60 000 DM.

Sieht man sich den letzten „Verbesserungsvorschlag“ von Schell einmal näher an – Änderung der Rollnahtschweißmaschine, damit sich die VW-Bordwände nicht mehr verziehen – so ist die Empörung darüber unter den Kollegen nur verständlich. Nicht nur, daß Dörfler ihn zur Einrichtung dieser Maschine abgestellt hatte, sondern diesen „Vorschlag“ auch noch formulierte und befürwortete. Diese Art der intimen Zusammenarbeit zwischen Dörfler und Schell ist nicht neu. Denn wie jeder weiß, wird Schell von Dörfler schon seit Jahren zu solchen „Arbeiten“ abgestellt.

Dieses Beispiel zeigt vielen von uns, daß das Verbesserungsvorschlagswesen eine faule Sache ist. **Verbesserungsvorschlagswesen – Bestandteil verschärfter Ausbeutungsmethoden.**

Wie wichtig das Verbesserungsvorschlagswesen für die Rheinstahl- und Thyssen-Kapitalisten ist, zeigen ihre Anstrengungen, uns zu Verbesserungsvorschlägen zu animieren. Was der großaufgezogene Werberummel mit Plakaten und Tombola nicht bringt, soll das Ende Mai uns nach Hause geschickte Ermahnungsschreiben bringen. Unsere Frauen sollen mit angehalten werden, das Thema „Verbesserungsvorschläge“ auf den Tisch zu bringen, weil es ja unsere immer schlechter werdende finanzielle Situation durch eine in Aussicht gestellte Prämie aufbessern könnte. Deshalb winken die Thyssen-Kapitalisten bewußt mit großen Summen und versuchen so bei unseren Familienangehörigen den Eindruck zu erwecken, als sei nur ein bißchen guter Wille nötig, um das Geld ins Haus flattern zu lassen. Und wo das Geld keine Wirkung nicht gründlich genug tut, wird mit Angstmacherei nachgeholfen. Im Schreiben wird darauf angespielt, daß die Verbesserungsvorschläge die Arbeitsplätze sicher machen würden und die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährdet sei, wenn keine Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

Zu diesen und anderen üblen Methoden greifen die Thyssen-Kapitalisten nur aus einem Grunde, nämlich der Steigerung ihrer Profite. Denn Verbesserungsvorschläge erhöhen die Profite ohne grossen Aufwand. Denn in der Regel sind die von uns eingereichten Vorschläge schon fertig ausgearbeitet. So können „Verbesserungen“ ohne organisatorischen



Aufwand und ohne Entwicklungskosten durchgeführt werden!

Das ist jedoch den Thyssen-Kapitalisten nicht genug. Nicht selten versuchen sie uns auch noch durch undurchsichtige Berechnungsmanöver um die Prämie zu betrügen, wobei grundsätzlich gesagt werden kann, daß das bestehende Berechnugsschema (10 bis 15% der Jahresersparnis) schon Betrug ist. Offiziell gilt der eingereichte Verbesserungsvorschlag nur für uns in Brackwede. Die Thyssen-Kapitalisten werten diese Vorschläge jedoch im ganzen Konzern aus. Selbst wenn ein Vorschlag nicht angenommen wird, zahlt er sich aus, denn er kann ja in einem anderen Werk angewendet werden.

Das ganze Verbesserungsvorschlagswesen zielt darauf ab, unser Interesse an der Gestaltung unserer Arbeitsplätze auszunutzen, wobei unsere Initiative mit leeren Versprechungen herausgefordert wird. Bestenfalls fallen für uns „Krümel“ ab, während hauptsächlich Vorarbeiter, Meister und Betriebsräte die dicken Prämien einstecken. In Wahrheit sind das für diese Herren nichts anderes als Schmiergelder, die sie in Wirklichkeit für ihre Handlangerdienste von den Thyssen-Kapitalisten erhalten. Auch in der DDR sieht das heute nicht anders aus. So treffen sich z.B. die Experten für Verbesserungsvorschläge aus Westdeutschland und die „Neuerer“, wie sie in der DDR heißen, um sich gegenseitig über neue Ausbeutungsmethoden zu beraten.

Anders in den sozialistischen Ländern China und Albanien. Obwohl es dort keine Prämien gibt, werden von den Arbeitern laufend Verbesserungsvorschläge gemacht und durchgeführt. Denn für die Arbeiterklasse in China und Albanien ist jeder Verbesserungsvorschlag ein Beitrag für den Aufbau des Sozialismus, der allen und schließlich ihnen selbst zugute kommt, weil in diesen Ländern die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen der Vergangenheit angehört und keiner Profite machen kann.

„JUGENDARBEITSCHUTZ“ BEI BAYER

Am 1. Mai ist das neue Jugendarbeitsschutzgesetz in Kraft getreten, eines der großen „Reformvorhaben“ der Regierung, angeblich ein Schritt zur „Humanisierung der Arbeitswelt“ und zum „demokratischen Sozialismus“. Was mit soviel Pomp angekündigt worden ist, enthält in Wirklichkeit schwere Angriffe auf die Arbeiterjugend. Es ist eine Anleitung dazu, wie man „legal“ den Arbeitsschutz der Jugendlichen abbauen kann.

Wie ein roter Faden zieht sich folgende Methode durch das ganze Gesetz: In einem Paragraph wird ein Verbot erlassen, in den nächsten Paragraphen wird es wieder aufgehoben.

Zum Beispiel die Kinderarbeit: Sie wird zuerst grundsätzlich verboten. Im Absatz 2 heißt es dann: „Das Verbot des Absatzes 1 gilt nicht für die Beschäftigung von Kindern zum Zwecke der Beschäftigungs- und Arbeitstherapie.“ Ist das nicht ein Gummiparagraph, der grundsätzlich jede Kinderarbeit legalisiert? Nicht zu reden davon, daß Kinderarbeit auch während der „Betriebspraktika“ in der Landwirtschaft, zum Austragen und zu Veranstaltungen ausdrücklich erlaubt ist.

Mit genau der gleichen Methode werden die Nachtruhe eingeschränkt, die Samstag, Sonn- und Feiertagsarbeit ermöglicht. Es wird die Akkordarbeit für Jungarbeiter, ja sogar für Lehrlinge erlaubt, was sogar noch eine Verschlechterung gegenüber dem alten Gesetz bedeutet.

Was die kleineren Bestimmungen betrifft, sehen wir bei Bayer am besten, welche „Verbesserungen“ sie bringen:

Laut Gesetz dürfen Jugendliche nur von 7 bis 20 Uhr beschäftigt werden. Bayer beantragt eine Sonderregelung, bekommt sie natürlich auch und schon ist Arbeitsbeginn um 6.45 Uhr. Daß dafür zig Jugendliche schon zwischen 5 und 5.30 Uhr aufstehen müssen, interessiert nicht.



Das Gesetz schreibt je nach Alter 30, 27 und 25 Werktage Urlaub für Jugendliche vor. Prompt entdeckt der Bayer, daß auch Samstage Werktage sind und bezieht sie in die Urlaubsberechnung mit ein.

Laut Gesetz ist nach 5 Stunden Berufsschule der restliche Tag arbeitsfrei. Die meisten Klassen sind nicht betroffen, weil die Stunden schon seit längerem so verteilt sind, daß auch nach dem neuen Gesetz an einem der Berufsschultage gearbeitet werden muß. Bei den anderen Klassen werden jetzt Stunden umverlegt und Pausen so gekürzt, daß genau 5 Minuten an den 5 Stunden fehlen und folglich nachmittags gearbeitet werden muß. Dabei soll einer der Berufsschultage auf bis zu 8 Stunden ausgedehnt werden. Die Lehrlinge sind also nach wie vor dazu gezwungen, nach einem vollen Arbeitstag noch Schularbeiten zu machen.

Viele Jugendliche sind nicht bereit, diese Regelungen hinzunehmen. Trotz Verbot der Ausbilder führten sie schon eine Unterschriftensammlung dagegen durch.

Unterstützt ihre Forderung: Keine Arbeit an Berufsschultagen!

Revisionistisches

D„K"P: „FÜR AKTIONÄRE UND BELEGSCHAFT EIN GUTES JAHR"

Anläßlich der Chemietarifrunde veröffentlichte der „Sprühkopf", Betriebszeitung der D„K"P bei Beiersdorf, einen „Betriebsforderungskatalog". Dort heißt es u.a.: „Das Krisenjahr wurde von der Geschäftsleitung genutzt, Arbeitsplätze einzusparen . . . Überall wird durch Untersuchungen Angst und Unruhe erzeugt. Diese Angst und Unruhe muß verschwinden!"

Die BAG-Kapitalisten haben in der Tat den Rationalisierungsterror gerade in der letzten Zeit erheblich verschärft. Neben der großangelegten „Stellenbeschreibung", die nach dem Vorbild der „analytischen Arbeitsplatzbewertung" in der Produktion nun auch im Angestelltenbereich eine große Anzahl von Arbeitsplätzen zusammenstreichen soll, werden vor allem an den Maschinen ständig durch kleine technische Neuerungen oder Vergrößerungen der Arbeitsbereiche der Arbeiter und Handwerker Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Die Unruhe und Empörung unter den Arbeitern und Angestellten ist groß! An den Maschinen schliessen sich Kollegen zusammen im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und Arbeitshetze — in den Angestelltenabteilungen diskutieren sie Maßnahmen wie den Boykott der „Stellenbeschreibung".

Es herrscht also keineswegs nur Angst und Unsicherheit, wie die D„K"P „analysiert", denn, wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand! Die wachsende Unruhe und Kampfbereitschaft der BAG-Kollegen erschreckt nicht nur die Kapitalisten, sondern offensichtlich auch die D„K"P.

Statt die Unruhe und den Klassenhaß zu schüren, läßt die D„K"P nichts unversucht, durch Sozialpartnerschaftsideologie und Mitbestimmungsschwindel die Arbeiter vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten. So schreiben sie weiter: „Wir meinen, nicht nur die Profite, vor allem die Löhne und Gehälter müssen stimmen. Darum treten wir ein für die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung." Und an anderer Stelle heißt es: „ . . . damit nicht nur die Aktionäre, sondern auch die Belegschaft sagen kann: Es war ein gutes Jahr!"

Ganz offen leugnen die modernen Revisionisten hier den antagonistischen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Indem sie die Lehren von Karl Marx verfälschen, versuchen diese Agenten des Kapitals, die Ideologie der Klassenversöhnung unter den Arbeitern zu verankern.

Karl Marx bestimmt in „Lohn, Preis, Profit" das Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Profit:

„ . . . *Da Kapitalist und Arbeiter nur diesen begrenzten Wert zu teilen haben, d.h. den durch die Gesamtarbeit des Arbeiters gemessenen Wert, so erhält der eine desto mehr, je weniger dem anderen zufällt, und umgekehrt. Sobald ein Quantum gegeben ist, wird der eine Teil davon zunehmen, wie, umgekehrt, der andere abnimmt. Wenn der Arbeitslohn sich ändert, wird der Profit sich in entgegengesetzter Richtung ändern. Wenn der Arbeitslohn fällt, so steigt der Profit und wenn der Arbeitslohn steigt, so fällt der Profit* . . . "

Abgesehen davon, daß es schon eine Unverfrorenheit ist, wenn die D„K"P angesichts ständigen Lohnraubs, der verschärften Arbeitshetze und Rationalisierung, der politischen Unterdrückung im Betrieb von „einem guten Jahr" für die Arbeiter und Angestellten — bei Durchsetzung der gewerkschaftlichen Förderungen — spricht, ist die Grundlage des „Betriebsforderungsprogramms" revisionistisch, gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet, die von der D„K"P für dumm verkauft und an die Interessen des Kapitals gekettet werden soll.

Montreals Werktätige zahlen die Zeche

Die Olympischen Spiele in Montreal waren die teuersten in der ganzen bisherigen Geschichte der Spiele überhaupt. Sie verschlangen, bevor noch überhaupt ein einziger Wettkampf begonnen hatte, über 3,5 Milliarden DM. Veranschlagt waren dagegen anfangs nur 775 Millionen DM. Die Zeche werden die Werktätigen der Stadt Montreal und der Provinz Quebec zu zahlen haben. Die kapitalistischen Konzerne jedoch, die am Bau beteiligt waren, die Architekten, Manager, Berater und Stadträte gehen mit überreichlich gefüllten Taschen nach Hause.

Vor dem Beginn der Olympischen Spiele gab es zwar eine pompöse Trauerfeier für die 1972 in München erschossenen zionistischen Offiziere, die die israelische Olympiamannschaft bildeten und der kanadische Premierminister vergoß sogar Tränen — niemand aber gedachte der beim Bau der Sportstätten ums Leben gekommenen Arbeiter. Sie fielen der Profitgier der Konzerne zum Opfer, die die Bauarbeiter gnadenlos angetrieben haben, um die Bauten in Rekordzeit hochzuziehen. Verständlich, daß sich die Arbeiter gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen, die Antreibereien und die schlechte Bezahlung empörten. Sie traten mehrmals in den Streik, um ihre berechtigten Forderungen nach höheren Löhnen usw. durchzusetzen. Die Kapitalisten und die reaktionäre bürgerliche Presse, nicht nur in Kanada, sondern auch bei uns, hetzten gegen diese Kämpfe, behaupteten, die Olympischen Spiele würden dadurch gefährdet, die Anlagen könnten nicht rechtzeitig fertiggestellt werden und anderes mehr.

In Wirklichkeit hatte die Verzögerung der Bauten ganz andere Gründe. Noch ehe überhaupt mit dem Bau der Anlagen begonnen werden konnte, kämpften die verschiedenen Konzerne mit allen Mitteln, einschließlich Bestechung, um die Erteilung der Aufträge. Ein Kampf, der auch noch während der Bauzeit bei der Erteilung von Teilaufträgen usw. erbittert weiter ging. Schließlich ging es ja um Milliarden. Der Kampf um das große Geld machte einen Teil der Korruption so offenkundig, daß die kanadischen Justizbehörden sich gezwungen sahen, die vier Gesellschafter des für den Bau des Olympiadorfes zuständigen Konzerns zu verhaften. Die Anklage lautet auf Korruption, Verschwendung öffentlicher Gelder und Betrug.

In der Tat, während allein für den Bau des Olympiastadions über 2 Milliarden DM ausgegeben wurden, erfüllen nach offiziellen Statistiken von 400 000 Montrealer Wohnungen 70 000 nicht einmal die Mindestanforderungen. Was der zwielichtige Bürgermeister von Montreal, Drapeau, darüber denkt, hatte er schon 1967 in einer unglaublich zynischen Weise gesagt: „Die Häßlichkeit der Slums, in denen die Menschen leben, spielt keine Rolle, wenn es uns gelingt, sie offenen Mundes vor prächtigen Kunstwerken staunen zu lassen, die sie noch nicht einmal verstehen."

Die Werktätigen von Montreal verstehen allerdings sehr gut! Sie wissen, daß die Provinzregierung von Quebec erst kürzlich die Tabaksteuern mit der Begründung erhöhte, dies sei notwendig, um die Schulden für die Olympiade abtragen zu können. Tatsächlich ist die Schuldenlast der Stadt Montreal inzwischen so angewachsen, daß in jedem Jahr 25% des Haushalts für die Rückzahlung der Kredite mit Zins und Zinseszins ausgegeben werden müssen. Und da dies bei weitem nicht reicht, um die laufenden Verbindlichkeiten abzutragen, verschuldete sich Montreal erneut bei amerikanischen Banken mit 1,86 Milliarden DM. Für die Werktätigen von Montreal bedeutet das neue schwere Belastungen. Neben der Erhöhung der Tabaksteuer wurde bereits außerdem das „Road and Rapid Transport Project" gestoppt. Die für dieses Projekt vorgesehenen Gelder sollten vor allem zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs benutzt werden. Den schärfsten Angriff gegen die Werktätigen aber führte die Provinzregierung durch. Die Folge: Die jährlichen Beiträge der Werktätigen verdoppeln sich von 332 auf 625 DM.

Für die kanadischen Kapitalisten, eine Handvoll korrupter Stadträte ist die Olympiade ein einträgliches Geschäft. Die Zeche zahlen die kanadischen Werktätigen.

Olympia-Medaillen - für die Imperialisten eine Prestigefrage

Fortsetzung von Seite 1

leistungen erbracht werden können. Da wird mit Anabolika, Pillen zur Muskelbildung, gearbeitet, nicht anders als bei Rennpferden, obgleich die Langzeitwirkung, die Gefahr für die Gesundheit der Sportler, noch nicht einmal eingegrenzt werden kann. Ob später dann gesundheitliche und nervliche Wracks aus den Sportlern geworden sind — das interessiert die Imperialisten bei ihrer Medaillenjagd wenig.

Selbst Kinder werden gesundheitlich ruiniert: So ist bekannt, daß fast alle Turnerinnen — zumeist noch Kinder — ihre kurze Karriere mit schweren Wirbel- und Gelenkschäden beenden müssen und ihr Leben lang Schmerzen davontragen.

Das heißt nicht, daß Leistungssport überhaupt zu verurteilen ist. Doch da, wo ohne Rücksicht auf Verluste reine Sportmaschinen aus der Retorte aufgebaut werden, lediglich zu dem Zweck, diese oder jene Medaille zum Ruhm des westdeutschen Imperialismus zu erlangen, hat das mit Sport, der Gesundheit verbessern und Freundschaft fördern soll, nichts mehr zu tun. Daß es der Bourgeoisie nicht auf den Sport, sondern auf Medaillen und Rekorde allein ankommt, zeigt auch die Finanzierung durch den Staat. 12 Millionen DM wurden allein für die direkte Vorbereitung der Olympiade investiert — dafür werden dann rund 30 Medaillen erwartet. Das sind rund 400 000 DM pro Medaille. Doch diese Summe gibt nur einen geringen Teil der tatsächlichen Ausgaben wieder, die die westdeutschen Imperialisten für ihr Prestige im Spitzensport investieren — Geld, das den Werktätigen, sei es durch Lotterie, durch Spendenaufrufe oder durch Sonderbriefmarken aus der Tasche gezogen wird.

Was aber haben die Werktätigen davon? Verbessern sich vielleicht ihre Möglichkeiten, Sport zu treiben? Keineswegs. Während da, wo es um Medaillen, um Rekorde, um das Ansehen des westdeutschen Imperialismus geht, Millionen fließen, ist für die Kinder in den Schulen oft nicht einmal Geld genug vorhanden, um für den Sportunterricht eine Matte zu beschaffen. Viele Schulen sind nicht einmal in der Lage, Sportunterricht geregelt zu geben, weil es an Turnhallen fehlt. Nicht anders steht es mit den vielen kleinen Sportvereinen. Nicht beim Massensport, nicht für die Gesundheit der Werktätigen, sondern für Rekorde wird investiert. So waren den westdeutschen Imperialisten z.B. 23 000 DM nicht zuviel für einen Forschungsauftrag, der die Auswirkungen der geringen Wassertiefe in Montreals Regattabahn für die Kanufahrer zu untersuchen hat. Was kann deutlicher zeigen, daß es der Regierung in Bonn nicht um bessere Sportbedingungen für die Werktätigen, sondern um Medaillenruhm für ihren Imperialistenstaat geht?

Die Bourgeoisie hat eigens einen Sportapparat geschaffen, in dem ihre Spitzensportler gezüchtet werden. Da fehlt es an nichts, da werden hunderte Millionen ausgegeben. Es ist kein Zufall, daß innerhalb dieses Sportapparates die Bundeswehr eine wichtige Rolle spielt, die auf diese Weise zugleich ihren Charakter als imperialistische Armee zu verschleiern versucht. Von den 261 männlichen Teilnehmern der westdeutschen Olympia-Mannschaft wird jeder sechste von der Bundeswehr besoldet. Eigens zwei Sportkompanien wurden bei der Bundeswehr eingerichtet, in denen Spitzensportler als Soldaten auf Höchstleistungen gedrillt werden. Die eine Kompanie hat bezeichnenderweise ihren Sitz in der ehemaligen Nazi-Ordensburg Sonthofen, für die andere wird in Warendorf ein Sportzentrum errichtet, wo bis 1978 für modernste Anlagen 68 Millionen Mark investiert werden. All dies — Millionen über Millionen für rund 500 Spitzensportler, die von der Bundeswehr — solange sie Erfolge verheißen — bezahlt werden. Zwei Fliegen sollen so mit einer Klappe geschlagen werden: Zum einen verschafft sich die westdeutsche Bourgeoisie auf diese Weise systematisch einige wenige Sportspitzen, mit denen sie im internationalen Sport ihr Ansehen zu erweitern sucht, zum anderen aber garantiert sie sich so ihren reaktionären Einfluß im Leistungssport unseres Landes.

Je höher die Profite, je größer imperialistische Macht und Einfluß sind, desto mehr Medaillen muß es auch regnen. Genau das ist die Logik der Imperialisten bei den olympischen Spielen wie bei jedem anderen internationalen Sportwettbewerb. Ob beim USA-Imperialismus, beim russischen Sozialimperialismus, bei der DDR oder bei den westdeutschen Imperialisten — der Sport ist für sie ein Prestigekampf. „Sportliche Erfolge erhöhen das Ansehen der Nation und verstärken das Nationalgefühl", äußerte im letzten Jahr der britische Sportminister Denis Howell.

Doch wenn die Bourgeoisie — sei es die britische oder die westdeutsche — von „Nationalgefühl", von „Ansehen der Nation" spricht, so geht es ihr darum, das „Ansehen" ihrer imperialistischen Herrschaft zu stärken, „Verständnis" und Begeisterung für die Unterdrückung anderer Nationen zu propagieren. Auf dieser Grundlage ist auch der sportliche Wettkampf für sie ein Kampf der Nationen, der auf imperialistischer Konkurrenz beruht, der die Steigerung des Prestige zum Ziel hat. Der französische Staatspräsident Giscard sprach als Vertreter der französischen Imperialisten ganz offen aus, warum Medaillen und Rekorde im Sport für die imperialistischen Länder Bedeutung haben: weil dies „ein Mittel der internationalen Konfrontation" geworden ist.

Nicht der Sport für die Gesundheit der Werktätigen, ja nicht einmal der einzelne Leistungssportler interessiert daher die westdeutschen Imperialisten, sondern allein die Frage, wie sie auch mittels des Sports ihren Einfluß in der Welt vergrößern können. Es sind dieselben, die anläßlich des berechtigten Vorgehens gegen die Clique von Taiwan verlogen schrien, der Sport dürfe nicht mit Politik verknüpft werden.

Sicher, wer auf dem Gebiet des Sports eine Politik gegen die Interessen der Werktätigen und gegen die Interessen der Völker betreibt, wird dies natürlich verleugnen. Die Arbeiterklasse und die Völker der Welt jedoch haben keinen Grund, diese Wahrheit zu verhehlen: Der Sport ist eine Frage der Politik. Einen Sport im Interesse der Werktätigen, im Interesse der Völker kann es nur unter ihrer eigenen Herrschaft geben.

Vom Aufbau des Sozialismus

MASSENSPORT IN CHINA

Während bei uns in der Bundesrepublik in erster Linie der Spitzensport gefördert wird, um die Profisportler, begleitet von chauvinistischer Propaganda, ins internationale Rennen zu schicken, wird in der VR China dem Massensport große Bedeutung beigemessen.

„Körperkultur und Sport sind eine wichtige Angelegenheit, die die Gesundheit des 600 Millionen Volkes angeht." Der Vorsitzende Mao und das Zentralkomitee der Partei schenken der Pflege der Gesundheit des Volkes und der Förderung von Körperkultur und Sport größte Aufmerksamkeit. Die Partei und der Staat sehen darin eine wichtige politische Aufgabe. Gemäß der Weisung des Vorsitzenden Mao: „Fördert Körperkultur und Sport, härtet das Volk körperlich ab!", wurden in den Regierungsorganen aller Ebenen Kommissionen für Körperkultur und Sport gebildet.

Außerdem gibt es eine Organisation für Massensport — die Allchinesische Föderation für Körperkultur und Sport —, die in jeder Provinz, jeder regierungsunmittelbaren Stadt und in jedem autonomen Gebiet eine Zweigstelle hat.

Zu den Aufgaben der Sportverbände gehört es, die sportliche Massenbewegung zu fördern und Wettspiele — nationale und internationale — zu organisieren. Körperkultur und Sport gehören auch zu den ständigen Arbeitsbereichen der Abteilungen für Erziehungswesen, Gesundheitswesen und Militärwesen in den Regierungsorganen sowie der Arbeiter-, Jugend- und Frauenorganisationen.

Überall im Land wurden seit der Gründung der Volksrepublik China große Sporthallen, -plätze und Schwimmanlagen mit entsprechenden Einrichtungen aufgebaut. Ferner wurden in vielen Städten Türme für Fallschirmspringen gebaut, Schießplätze, Schlittschuhrennbahnen, Skipisten und Radrennbahnen angelegt. Das Pekinger Arbeiterstadion für 100 000 Zuschauer und die Sporthalle der Hauptstadt mit 18 000 Plätzen gehören zu den großen Sportanlagen Chinas. In den Sporthochschulen und Pädagogischen Hochschulen des Landes werden zahlreiche Sportlehrer für die Mittel- und Grundschulen ausgebildet; in den über eintausend Freizeit-Sportschulen erhalten Jugendliche eine systematische Sportausbildung, mit der sie in ihrem Arbeitsbereich helfen können, den Sport zu fördern.

Die Werktätigen, die im alten China der Schikanierung und Unterdrückung ausgesetzt waren, bilden heute die „Hauptarmee" im Sport. Frühmorgens sieht man überall in den Städten und auf dem Land Menschen aller Altersstufen, die den Tag mit vielerlei sportlicher Betätigen beginnen. Über Rundfunk werden regelmäßig sehr populäre Rundfunksendungen zur Gymnastik für Erwachsene, Jugendliche und Kinder gesendet. In Fabriken und Ämtern werden für die Beteiligung der Arbeiter und Kader an solchem Ausgleichssport jeweils Arbeitspausen eingelegt. Jeden Sommer schwimmen Hundertmillion Menschen in Flüssen, Seen und Meeren. Über 30 000 Arbeiter, Bauern, Soldaten und Schüler nahmen an einer Winterschwimmwoche — Überquerung des Flusses Yungdjiang — teil. Anfang 1974 beteiligten sich etwa 700 000 junge Leute Pekings an einem kombinierten Langlauf über 25 000 li (2 li=1km) als Symbol des Langen Marsches, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die breite Entfaltung des Massensports dient nicht nur der Abhärtung, sondern spielt auch eine aktive Rolle dabei, die Revolution weiterzuführen, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall zu fördern.

Machenschaften des Schulamts entlarvt

Prüfungsverbot für Professor

Hunderte von revolutionären jungen Lehrern und anderen Staatsdienstanwärtern sind vom Berufsverbot bedroht und dürfen ihren Beruf bereits nicht mehr ausüben. Aber das genügt der Bourgeoisie bereits nicht mehr. In Hamburg entzog kürzlich das Oberschulamt der Stadt – ohne Disziplinarverfahren, ja sogar ohne Anhörung der zuständigen Universitätsstellen – dem Literaturprofessor Briegleb die Prüfungserlaubnis und sprach damit indirekt ein Berufsverbot aus. Das Oberschulamt hält Professor Briegleb für ungeeignet, Staatsexamina abzunehmen, weil er eine fortschrittliche, antirevisionistische Prüfungsarbeit mit der Note „gut" bewertet hatte.

Die Prüfungsarbeit, die ein Hamburger Student als Staatsexamensarbeit vorlegte, setzte sich mit dem durch und durch verrotteten, reaktionären Theaterstück „Neue Leiden des jungen W." auseinander, das in der DDR mit großem Erfolg an den Theatern gespielt und verfilmt wurde. Anhand dieses Machwerks zeigte der Prüfling, daß die Kunst in der DDR nicht dem Volke dient. Professor Briegleb gab die Note „zwei plus".

Der Vertreter der Schulbehörde war mit dieser guten Benotung nicht einverstanden. Warum, erklärte der Oberschulrat später höchstpersönlich: Die Arbeit enthalte eine „vorurteilsgeladene Beschreibung der DDR"! **Das ist der springende Punkt! Die Bourgeoisie hat durchaus nichts gegen die Hetze gegen die DDR, wie sie im Stil der „Bild"-Zeitung täglich betrieben wird. Wer behauptet, in der DDR herrsche Sozialismus und dann anhand von Beispielen aus der DDR „beweist", daß das sozialistische System gegen die Interessen der Werktätigen sei – der handelt ganz im Interesse der Bourgeoisie. Wer aber zeigt, daß dort der Sozialismus längst gestürzt ist, daß dort der Kapitalismus wieder an der Macht ist, der ist „vorurteilsgeladen".**

Deshalb war die Schulbehörde mit Professor Brieglebs Note absolut nicht einverstanden und ließ die Arbeit von einem anderen Professor zensieren. Aber auch dieser hielt die Prüfungsarbeit für gelungen und gab eine nur wenig schlechtere Zensur: Eine „drei".

Ein dritter Zensor wurde eingeschaltet, der endlich, zur großen Erleichterung des Schulamtes, eine glatte „fünf" gab. Diese Note wurde dann, gegen die Stimme Professor Brieglebs, in der Prüfungskommission durchgesetzt. Der Prüfling war durchgefallen.

Sicherlich geschehn derartige Manipulationen mit Noten häufig. In diesem Fall wurde sie öffentlich, denn Professor Briegleb ließ sich diese staatliche Zensur nicht gefallen. Er veröffentlichte seine Gutachten über die Arbeit und berichtete über den Verlauf der ganzen Prüfung.

Das Schulamt reagierte sofort und entzog ihm die Prüfungserlaubnis. Das heißt, daß kein Student, der künftig bei ihm studiert, auch seine Prüfung bei Professor Briegleb ablegen kann. Langfristig wird das heißen, daß immer weniger Studenten in seine Vorlesung kommen werden.

Professor Briegleb gehört weder einer politischen Partei an, noch stand er je im Geruche „links" zu sein. Trotzdem erhielt er faktisch Berufsverbot – weil er sich nicht einschüchtern ließ, weil er sich nicht zum Handlanger des reaktionären Staatsapparates machen ließ.

Schreibt den Genossen in Haft an folgende Adressen

Sascha Haschemi
Hindenburgring
8910 Landsberg

Heinz Baron
Gartenstr. 26
44 Münster, JVA



DORTMUND

Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat gegen das Urteil der 1. Instanz im Verfahren gegen Gernot Schubert und Karin Wagner Berufung eingelegt. Die Genossen waren als Redakteure des „Roten Morgen" zu einem Jahr bzw. 4 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Begründet wurde die Berufung damit, daß man die Strafen gegen die beiden Genossen nicht zur Bewährung aussetzen könne, da sie weiter Straftaten begehen würden und außerdem bei einer Strafe auf Bewährung das Vertrauen in die „Rechtsordnung" nicht mehr gewährleistet sei. (Im Prozeß hatte die Staatsanwaltschaft gegen die beiden Genossen ein Jahr ohne Bewährung und 7 Monate mit Bewährung gefordert.)

DUISBURG

In Duisburg wurde Maicke Tuschen, presserechtlich Verantwortliche von Duisburg, freigesprochen. Sie war angeklagt wegen des Wahlbriefes des Genossen Ernst Aust zu Landtagswahl in NRW. Wegen des gleichen Flugblattes war Genosse Ernst Aust selbst erst vor kurzem zu 2 400 DM verurteilt worden.

WUPPERTAL

In Wuppertal fand am 22.6.76 ein Prozeß gegen den Wuppertaler Arbeiter Klaus B. statt, der bei den Fahrpreisdemonstrationen in Wuppertal festgenommen worden war. Die Anklage lautete auf Nötigung, Widerstand, Körperverletzung und Beleidigung.

Zum Prozeß waren ca. 25 Freunde und Genossen erschienen. Außerdem sassen ca. 6 Polizisten im Saal. Die Polizeizeugen widersprachen sich teilweise und konnten sich teilweise auch nicht mehr genau erinnern. Der Richter half ihnen aber immer wieder (im Sinne der Anklage) „auf die Sprünge". Die Zeugen der Verteidigung sagten aus, daß Klaus B. nicht geschlagen habe, vielmehr hätten ihn die Polizisten in den Drehgriff genommen und an den Haaren gezogen. Einer der Zeugen gab an, ebenfalls von einem der im Prozeß anwesenden Polizisten in den Unterleib getreten worden zu sein. Der Staatsanwalt forderte in seinem Plädoyer 6 Monate Gefängnis. Er begründete das damit, daß B. vorbestraft sei wegen Parolenmalens, er also eine Neigung zur Gewalttätigkeit habe. Das Urteil lautete dann auf 1 500 DM Geldstrafe, ersatzweise 50 Tage Haft. Erschwerend sah das Gericht an, daß Klaus B. erklärt habe, er wolle weiterkämpfen.

SPENDENKONTO
Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.: 321004547
Stichwort: SOLIDARITÄT

WESTBERLIN

Vor kurzen war in Westberlin eine Ausgabe des „Borsig-Hammer" erschienen, die unter der Überschrift „Mord aus Profitgier" den Tod des Kollegen Günter Kauschke angeprangert hatte. Sofort nach Erscheinen der Zeitung stellten die Borsig-Kapitalisten Strafanzeige und bereits zwei Wochen später mußte der Genosse Thomas Scheffer, presserechtlich verantwortlich für den „Borsig-Hammer", zur Vernehmung beim Staatsanwalt.

Die Parteizelle antwortete darauf, indem sie eine neue Ausgabe des „Borsig-Hammer" herausgab, in der sie auf diese Strafanzeige einging. Die Kollegen im Betrieb waren zum Teil sehr empört darüber. Einige sagten: „Das ist Mord, davon dürft ihr keinen Schritt abgehen. Unsere Unterstützung vor Gericht habt ihr." Einige Kollegen erklärten sich auch schon bereit als Zeugen auszusagen.

Dortmund und Heidelberg

39 Monate Gefängnis gegen Revolutionäre verhängt

Terrorurteile von insgesamt 3 Jahren und 3 Monaten Gefängnis hat die Klassenjustiz in den letzten Tagen gegen drei Genossen revolutionärer Organisationen verhängt. In Heidelberg wurden 2 Mitglieder des KBW, die während der Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhungen im vergangenen Jahr Seite an Seite mit der Bevölkerung kämpften, verurteilt. Jochen Noth erhielt 15 Monate ohne Bewährung, die KBW-Stadtratsabgeordnete Helga Rosenbaum 13 Monate Gefängnis, der Staatsanwalt hatte noch höhere Strafen beantragt. In Dortmund verhängte die berüchtigte Richterin Conzen 11 Monate Gefängnis mit Bewährung gegen den ehemals presserechtlich Verantwortlichen der GRF(KPD), Thomas Luczak.

Die Anklage gegen Thomas Luczak lautete auf „Verunglimpfung der DBR und Aufforderung zu rechtswidrigen Taten". Sie bezog sich auf 12 Flugblätter, die die GRF in den vergangenen 2 Jahren vor allem in Duisburg und Nordrhein-Westfalen verteilt hatte – darunter solche zu den Landtagswahlen in NRW, zum Tode des Genossen Günter Routhier und zur Arbeitslosigkeit. Dieser Prozeß gehört zur langen Reihe von Verfahren, mit denen die Klassenjustiz versucht, die revolutionäre Presse mundtod zu machen.

Um zu „beweisen", daß in der Bundesrepublik „Demokratie" herrsche und die Entlarvung des bürgerlichen Staatsapparates als Diktatur der Bourgeoisie nur eine „kommunistische Propagandalüge" sei, hatte die Klassenjustiz auch in diesem Prozeß keine anderen Zeugen gefunden als willfährige Büttel der Polizei, Zivilspitzel und offensichtliche Verräter. Neben 2 Polizisten aus Dortmund sagte der berüchtigte Duisburger BKA-Beamte Schabronat aus sowie eine ehemalige Landtagskandidatin der GRF, die heute als Zeugin für die Bourgeoisie auftritt. **Die Lügen, zu denen diese gekauften Zeugen greifen müssen, um die Verbrechen der Bourgeoisie zu vertuschen, sind vollkommen lächerlich. So verstrickten sie sich zum Beispiel bei ihren Aussagen zu einem Wahlflugblatt der GRF in den absurdesten Behauptungen. Die Verräterin Marga Voss zum Beispiel, die vor etwas mehr als einem Jahr, als sie in Duisburg kandidierte, behauptet hatte, Polizisten hätten ihre Wohnung durchsucht und dabei ein Sofa aufgeschlitzt und eine Kamera beschädigt, „bezeugte" nun „glaubwürdig" vor Gericht, sie habe damals weder ein Sofa noch eine Kamera besessen. Und Schabronat, der als hoher Polizeifunktionär in diese Hausdurchsuchung selbst verwickelt sein dürfte, verstieg sich sogar zu der Behauptung, diese Hausdurchsuchung hätte nicht stattgefunden, das seien „Menschen, die sich als Polizisten verkleidet haben", gewesen.**

Um das Terrorurteil von 11 Monaten zu begründen – der Staatsanwalt hatte sogar 18 Monate ohne Bewährung gefordert – scheute die Richterin Conzen nicht vor Beschimpfungen des Volkes zurück. Es ist nackter Hohn, wenn solche Leute behaupten, Recht „im Namen des Volkes" zu sprechen. Die Urteile von Heidelberg und Dortmund sind direkt gegen das Volk gerichtet. Sie sollen beitragen zur Zerschlagung der Kämpfe der Volksmassen und revolutionäre Propaganda unmöglich machen. Daß sie mit ihrem Richterspruch einen Einzelnen direkt trifft, aber indirekt viele Tausende bedroht, gab Frau Conzen ziemlich unverhohlen zu. So erklärte sie, es sei eine Beschimpfung der DBR, „wenn man erklärt, daß die Massenarbeitslosigkeit in unserem Land durch den Kapitalismus hervorgerufen wird" – eine Wahrheit, die immer mehr Menschen erkennen. In Wirklichkeit, so Frau Conzen, seien die meisten Arbeitslosen faul und arbeitsscheu und vertrödelten ihre Zeit auf Mallorca.

Warnung

Wir warnen vor dem Agenten Werner Lukas (genannt „Lucky"). Lukas ist der Partei seit längerem als Spitzel und Provokateur bekannt. In den vergangenen Jahren wohnte er in Augsburg, München und Essen. Zur Zeit gibt er München (90, Fockensteinstr. 10) und Heilbronn (Karlsstraße 97) als Adresse an. Er ist aber stets viel herumgereist, um überall zu versuchen, Verbindungen zur Partei, bzw. zu Genossen, die in mehr oder weniger festem Kontakt zur Partei stehen, zu knüpfen. Die zahlreichen persönlichen Kontakte benutzt er, um Informationen über die Partei zu sammeln. Dabei nutzt er die Tatsache aus, daß sein Name relativ bekannt ist, weil er 1972/73 für Flugblätter der Partei in Bayern verantwortlich zeichnete. 1973 wurde er angeblich von der Polizei verschleppt, worüber im „Roten Morgen" berichtet wurde.

Der seit langem bestehende Agentenverdacht gegen Lukas bestätigte sich erneut durch den folgenden Vorfall in München. Im Februar dieses Jahres wurde die Partei in München von einem Bekannten des Werner Lukas ausgefordert, Parteimaterial aus einer Wohnung abzuholen. Diese Person händigte einem Genossen der Partei daraufhin eine Aktentasche aus. Es stellte sich heraus, daß diese Tasche neben völlig unwichtigem Material eine funktionstüchtige Waffe enthielt. Es handelte sich um die Neufabrikation einer alten Waffe (Vorderlader). Da es sich hier um eine offensichtliche Provokation handelte, wurde diese Waffe sofort unbrauchbar gemacht. Offensichtlich in der Annahme, die Waffe würde sich noch funktionstüchtig im Besitz der Partei oder von Genossen der Partei befinden, startete Lukas nun einen Erpressungsversuch, indem er drohte, die Partei und Genossen der Partei wegen illegalen Waffenbesitzes zu denunzieren.

Werner Lukas ist 27 Jahre alt, sehr schlank, hat dunkelblondes Haar, trug manchmal einen Bart oder war häufig unrasiert. Bislang war er meistens schlampig gekleidet (häufig Jeans und rote Rollkragenpullover). Er spricht hochdeutsch mit süddeutschem Einschlag.

Spenden

In den letzten drei Monaten gingen folgende Spenden für den „Roten Morgen" auf das Spendenkonto des „Roten Morgen" ein:

7.4.76 W. K. Essen	10,00 DM	19.5.76 RG Hamburg	85,47 DM
8.4.76 W. H. München	70,00 DM	19.5.76 Rotes Maifest, Bezirk Nord Westberlin	780,00 DM
8.4.76 K. K. Kiel	20,00 DM	20.5.76 Maiveranstaltung, Reutlingen	157,22 DM
16.4.76 H. B. Müberg	24,00 DM	25.5.76 G. H. Albertshofen	15,00 DM
16.4.76 G. K. Dortmund	10,00 DM	26.5.76 Büchertisch KSB/ML Giessen	25,00 DM
16.4.76 RG Dortmund	20,00 DM	26.5.76 RM-Veranstaltung Mannheim	106,99 DM
20.4.76 H. J. A. Kiel	6,00 DM	27.5.76 Stammtisch Nürnberg	50,00 DM
29.4.76 G. B. Delmenhorst	10,00 DM	3.6.76 R. S. Braunschweig	11,50 DM
29.4.76 OG Kitzingen	180,00 DM	5.6.76 J. J. G. Zürich	30,00 DM
30.4.76 W. M. Kassel	10,00 DM	9.6.76 E. L. Altenkunstadt	20,00 DM
3.5.76 Kunden des Buchladen „Roter Morgen" Bochum	32,27 DM	11.6.76 Stammtisch RG Giessen	31,64 DM
10.5.76 W. H. München	70,00 DM	16.6.76 G. J. Bremen	25,06 DM
10.5.76 W. K. Essen	10,00 DM	19.6.76 KPD/ML Stuttgart	85,00 DM
10.5.76 R. K. Kiel	20,00 DM	19.6.76 H. M. H. Weil	10,00 DM
11.5.76 Genossen v. Bodensee	75,00 DM	28.6.76 H. B. Milte	20,38 DM
13.5.76 M. S. Tübingen	1,50 DM	30.6.76 K. H. D. Warendorf	30,00 DM
13.5.76 RM-Veranstaltung Frankfurt	371,12 DM		
13.5.76 Silvesterfeier Frankfurt	444,40 DM		
19.5.76 W. M. Nürnberg	20,00 DM		

Insgesamt gingen in den Monaten April, Mai und Juni 2 897,55 DM als Spenden für den „Roten Morgen" ein. Wir danken allen Spendern.

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

WIR WERDEN GENOSSEN GÜNTER NIE VERGESSEN!

So hieß die Überschrift des „Roten-Morgen"-Artikels zum 2. Todestag von Günter Routhier. Wie sehr das Andenken an Genossen Günter in der Arbeiterklasse lebendig ist, zeigt folgende Begebenheit: an einem Infostand der Partei letzte Woche in einem Recklinghäuser Arbeiterviertel kamen wir ins Gespräch mit einem ca. 40-jährigen Bauarbeiter, Betriebsrat bei seiner Firma. Er war nur zu Besuch in Recklinghausen, weil er seit einiger Zeit in einer anderen Stadt arbeitet. Das Gespräch kam auf die Routhier-Prozesse in Recklinghausen. In dem Moment zog der Kollege seine Brieftasche aus der Jacke und fischte einen Zeitungsausschnitt heraus. Es handelte sich dabei um die Traueranzeige für Günter Routhier, die die ROTE HILFE damals in der Recklinghäuser Zeitung veröffentlicht hatte!

Den „Roten Morgen" hat dieser Kollege dann mit einem 5 Markstück bezahlt.

Rot Front und Glück auf!
Ein Genosse aus Recklinghausen

AUF DER JAGD NACH WÄHLERSTIMMEN: BETRÜGEREIEN MIT „ARBEITSPLATZBESCHAFFUNG"

Jetzt vor der Bundestagswahl werden von der Bundesregierung bzw. der SPD ganz bewußt „Wahlprogramme" gestartet, um „arbeitslose Jugenliche von der Straße wegzuholen" (so ein verantwortlicher Angestellter des Arbeitsamtes Bochum).

Das sieht zum Beispiel so aus:

Ein Jugendamtsleiter einer Ruhrgebietsstadt bekam den Auftrag, noch zum 1. Juli 1976 Sozialarbeiter zu finden, die am **selben Tag** zu arbeiten beginnen sollten. (Er sprach am 1.7.76 Sozialarbeiter an!) Es wurden Einjahresverträge angeboten, d.h. die Verträge laufen nur für das Jahr 1976!

Wie schamlos und auch offen hier mit der Jugendarbeitslosigkeit gespielt wird, wie versucht wird, dem Volk Sand (zur Wahl) in die Augen zu streuen, ist einfach ungeheuerlich.

Weiterhin muß man die „Aktivität" der Bürokraten auch noch so sehen: bleibt die SPD dran, behalten sie zum größten Teil ihre Ausruh-Pöstchen, behalten sie die Möglichkeit, krumme Geschäfte zu machen usw. Käme die CDU dran, bliebe zwar hauptsächlich alles beim Alten, aber einige Bürokraten säßen nicht mehr direkt an der Quelle. Und dafür fährt ein Herr Jugendamtsleiter auch mal „an die Basis", wird „bürgernah".

Diese Betrugsmanöver haben sich bei den Kollegen sehr schnell herumgesprochen und wurden einhellig als das verdammt, was sie sind: als Ausdruck der Verachtung der Bonzen für die arbeitslosen Jugendlichen; als Versuch zur Aufrechterhaltung ihrer Privilegien; als Betrug an Kollegen und am Volk.

Rot Front,
ein Genosse aus dem Ruhrgebiet.

WANDZEITUNG BESCHLAGNAHMT

Am 3. Juli führte die Partei in Wuppertal einen Stand durch mit einer Wandzeitung gegen die Prozesse, gegen diejenigen, die gegen die Erhöhung der Fahrpreise in Wuppertal gekämpft hatten. Dieser Stand wurde von der Polizei fotographiert und am 10.7.76 endgültig beschlagnahmt.

Die Polizei ging dabei wie ein Rollkommando vor. Ca. 8 bis 10 uniformierte Polizisten verteilten sich rund um den Stand. Gleichzeitig kamen von hinten mehrere Zivile, so daß die Genossen regelrecht eingekreist wurden. Einer von ihnen zeigte seine Kripomarke und meinte nur, der Stand sei wegen Verleumdung beschlagnahmt. Auf die Frage, mit welchem Recht, antwortete er nur: „Die Polizei darf das, lesen Sie im Polizeigesetz nach."

Sofort nachdem die Polizei auftauchte, versammelten sich viele Passanten um den Stand. Es herrschte eine allgemeine Empörung über das Vorgehen der Polizei. Rufe wie: „Was haben die Euch getan, laßt die doch hier stehen!" wurden überall laut. Spontan kauften einige Passanten den „Roten Morgen". Die Polizei ließ sich dadurch nicht stören. Obwohl der Stand von einem Genossen verantwortlich angemeldet war, mußten die beiden Genossen ihre Personalien angeben und haben mit einer Verleumdungsanzeige zu rechnen. (Was allerdings auf der Wandzeitung „Verleumdung" ist, wurde von der Polizei nicht gesagt.)

Aber wir lassen uns auch von diesem erneuten Angriff nicht einschüchtern. Am kommenden Samstag machen wir erst recht einen großen Stand, auf dem wir die angebliche Demokratie und wirkliche Meinungszensur anprangern. Wenn uns die Schläge jetzt auch noch hart treffen, letztendlich wird das Volk doch stärker sein.

Rot Front
Genossen aus Wuppertal

Auswahl aus dem 19. Band der Werke Enver Hoxhas erschienen

"Wir werden den Marxismus-Leninismus flammend verteidigen!"

Im November 1975 erschien in der Volksrepublik Albanien der 19. Band der Gesammelten Werke Genossen Enver Hoxhas, des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens. Das Erscheinen dieses Bandes wurde von den albanischen Volksmassen freudig begrüßt. Im ganzen Land wurden Schulungszirkel gebildet, in denen das Buch studiert und diskutiert wurde. Aufgrund seiner großen Bedeutung fand das Erscheinen des 19. Bandes auch im Ausland ein lebhaftes Echo. Im Verlag ROTER MORGEN ist jetzt eine deutsche Ausgabe der wichtigsten Materialien des 19. Bandes der Werke Enver Hoxhas erschienen.

Diese Ausgabe enthält Berichte, Reden, Briefe und Telegramme Genossen Enver Hoxhas aus der Zeit vom Juni bis Dezember 1960. Dies war für die Partei der Arbeit Albaniens und für die gesamte kommunistische Weltbewegung eine außerordentlich schwere und komplizierte Zeit, die die kommunistischen Parteien der ganzen Welt vor eine große Bewährungsprobe stellte. Nachdem die Chruschtschow-Revisionisten auf dem XX. Parteitag der KPdSU mit ihrem anti-marxistischen, anti-leninistischen Programm die Macht in der KPdSU an sich gerissen hatten, eröffneten sie 1960, auf der Bukarester Beratung und auf der Moskauer Konferenz der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien einen umfassenden konterrevolutionären Angriff auf die internationale kommunistische Arbeiterbewegung. Die vorliegende deutsche Ausgabe enthält sämtliche Materialien, die den heroischen Kampf der PAA gegen Chruschtschow-Revisionismus in dieser Zeit dokumentieren.

Die Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze war nie mit den revisionistischen Thesen des XX. Parteitages der KPdSU einverstanden gewesen und hatte sich in ihrer Propaganda und Politik immer an die eigenen, marxistisch-leninistischen Auffassungen gehalten. Sie hatte der sowjetischen Führung auch auf dem Parteiwege ihre Kritik mitgeteilt. Bis 1960 hatte es jedoch keine öffentliche Polemik über die schwerwiegenden revisionistischen Angriffe Chruschtschows gegeben, da noch Hoffnung bestand, das Blatt zugunsten des Marxismus-Leninismus zu wenden, und die KPdSU auf den richtigen Weg zurückzubringen. Dann kamen die Ereignisse von Bukarest.

Chruschtschow startete seinen wilden Angriff gegen die Kommunistische Partei Chinas und alle, die an den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus festhielten. Hier war der Zeitpunkt gekommen, den ideologischen und politischen Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus offen aufzunehmen.

Die hinterhältigen Intrigen und Überrumpelungsversuche der sowjetischen Renegaten verfingen bei der PAA nicht. Sie behielt einen kühlen Kopf, entlarvte entschlossen die brutalen, alle Normen und Prinzipien der marxistisch-leninistischen Partei verletzenden Machenschaften Chruschtschows und verteidigte ohne Rücksicht auf die Folgen die KP Chinas. Die Telegramme Genossen Enver Hoxhas an Genossen Hysni Kapo, den Leiter der albanischen Delegation in Rumänien, dokumentierten die Prinzipienfestigkeit und den Mut der PAA, die sich auch durch die zahlreichen Drohungen und Einschüchterungen der sowjetischen Führung nicht beeindrucken ließ.

Zum entscheidenden Kampf kam es dann auf der Moskauer Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien. Die PAA beschloß, hier die revisionistischen Thesen Chruschtschows einer vernichtenden Kritik zu unterziehen und die Chruschtschow-Revisionisten völlig zu entlarven. *„Wir dürfen nicht zulassen"*, erklärte Genosse Enver Hoxha, *„daß die Moskauer Beratung eine Versammlung der Revisionisten und der rechten Pazifisten wird; wir werden dafür kämpfen, daß sie eine marxistische, kämpferische, konstruktive Versammlung wird. Einen anderen Weg gibt es nicht."* Die Partei der Arbeit beschritt diesen Weg. Der Kampf der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens auf der Moskauer Konferenz zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus Chruschtschows war von welthistorischer Bedeutung. Seine Dokumente sind auch heute von großer, aktueller Bedeutung für die gesamte marxistisch-leninistische Weltbewegung. Genosse Enver Hoxha analysierte in seiner Rede auf der Moskauer Konferenz das



GENOSSE ENVER HOXHA

konterrevolutionäre Wesen des modernen Revisionismus und wies dessen anti-marxistische, anti-leninistische Thesen entschieden zurück.

Er verteidigte die marxistisch-leninistische Auffassung vom Charakter des Imperialismus und in der Frage von Krieg und Frieden, in der Frage der bewaffneten proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Genosse Enver Hoxha wies die unverschämten Angriffe Chruschtschows auf Stalin und sein großes revolutionäres Werk zurück und erhob die Fahne Stalins und der bolschewistischen Partei gegen diejenigen, die sie jetzt in den Schmutz traten. Ohne Rücksicht auf die Hetze der Revisionisten, die unter der Maske des *„Kampfes gegen den Personenkult"* und des *„Kampfes gegen den Stalinismus"* auftraten, erklärte er auf dem Forum des Weltkommunismus: *„Wir alle müssen das große unsterbliche Werk Stalins verteidigen. Wer das nicht tut, ist ein Opportunist und Feigling."* Auch die verbrecherischen Aktionen Chruschtschows, der sich mit den jugoslawischen Revisionisten in den Armen lag und sie gegen die Beschlüsse der kommunistischen Weltbewegung „rehabilitierte", ließ Genosse Enver in seiner Rede nicht ohne klare, marxistisch-leninistische Antwort, ebensowenig wie alle anderen Punkte des konterrevolutionären Programms des modernen Revisionismus.

Diese Rede und alle anderen Materialien, die mit diesem Kampf in Verbindung stehen, *„bilden"*, wie es im albanischen Vorwort zum 19. Band der Werke Enver Hoxhas heißt, *„einen reichen Schatz in der revolutionären Theorie und Praxis unserer Partei, im großen Schatz des Marxismus-Leninismus"*.

Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros des ZK der PAA schrieb über den Kampf, den Genosse Enver Hoxha an der Spitze der Partei der Arbeit gegen den Chruschtschow-Revisionismus führte:

„. . . Andererseits waren auch gewaltiger ideologischer und politischer Mut und eine große Entschlossenheit notwendig, denn gegen die Chruschtschow-Leute aufzutreten, bedeutete, gegen die Strömung zu schwimmen, sich gegen die „Autoritäten" und „Gesetzgeber" des Marxismus zu erheben und sich auf eine Schlacht mit ungeheuren Risiken einzulassen. Nicht nur der „Bannstrahl" der Revisionisten würde gegen sie geschleudert werden, sondern auch mit den Folgen der Rache der Chruschtschow-Leute, mit Blockaden und Diversion, vielleicht sogar mit militärischer Aggression war zu rechnen." Neben den Methoden der Erpressungen und der Blockade, versuchten die sowjetischen Revisionisten auch mit Hilfe von Feinden der Partei, wie Koco Tashko, Liri Belishova u.a. die stählerne Einheit der Partei um ihr Zentralkomitee mit Genossen Enver an der Spitze sowie die unerschütterliche Einheit zwischen der Partei und dem gesamten albanischen Volk zu unterhöhlen. Den offenen Erpressungen hatte Genosse Enver Hoxha entgegengehalten: *„Auch wenn wir Albaner ohne Brot bleiben, sollten, verletzen wir weder die Prinzipien noch verraten wir den Marxismus-Leninismus."* Getreu diesem Prinzip gestattete es die Partei auch den Feinden in den eigenen Reihen nicht, die korrekte Linie der Partei anzutasten. *„Das Zentralkomitee ist die Führung der Partei, die immer gerecht, weise und ruhig, aber wenn nötig auch streng urteilt"* – dieser Titel eines Diskussionsprotokolls zwischen Genossen Enver und dem Feind der Partei K. Tashko ist das Leitmotiv der Materialien des 19. Bandes, die zeigen, mit welchem Ernst und Verantwortungsgefühl die Partei der Arbeit und Genosse Enver Hoxha die Normen und Prinzipien der bolschewistischen Partei wahrten und sie gegen den Revisionismus verteidigten. Aus diesen Texten spricht ein tiefer bolschewistischer Parteistandpunkt, die Liebe und gegenseitige Achtung der Kader der Partei und sie bringen zum Ausdruck, was für eine gewaltige Kraft Genosse Enver Hoxha und alle anderen, die unmittelbar mit den revisionistischen Renegaten zu tun hatten und schwere Situationen durchstehen mußten, aus den Beratungen mit der Partei und ihrem Zentralkomitee schöpften. Auch diese Materialien stellen eine große Bereicherung der revolutionären Wissenschaft des Marxismus-Leninismus dar.

In dem Vorwort des Zentralkomitees der KPD/ML zu der deutschen Ausgabe der Materialien des 19. Bandes der Werke Enver Hoxhas heißt es:

„Jeder Marxist-Leninist und jeder Revolutionär wird aus dem Studium der Werke Genossen Enver Hoxhas unschätzbaren Gewinn für den Kampf gegen den modernen Revisionismus, für die Revolution und den Sieg des Sozialismus ziehen. (. . .) Für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes und ihrer revolutionären Vorhut, der KPD/ML, um ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland werden sie ein großer Ansporn und ein leuchtendes Beispiel sein."

Auszug aus: Enver Hoxha, Der Kampf der PAA gegen den Chruschtschow-Revisionismus

"Wir haben auch ohne Brot und barfuss gekämpft, uns aber nie jemandem gebeugt"

Am 12. November 1960 kam es zu dem folgenden Gespräch der Delegation der PAA unter Leitung von Genossen Enver Hoxha bei dem Treffen mit N.S. Chruschtschow in Moskau. Dieses Gespräch, auf das die Führung der KPdSU gedrängt hatte, fand kurz vor der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau statt. Die Chruschtschow-Revisionisten planten, auf der Moskauer Beratung ihre revisionistische Linie durchzusetzen und hatten deshalb schon vorher vor allem gegen die Kommunistische Partei Chinas, aber auch gegen Albanien hinterhältige Attacken geführt (so wurde etwa in einem Brief an die KP Chinas Albanien nicht mehr als sozialistisches Land aufgeführt).

Das Gespräch mit der Delegation der PAA, das sie vor der Moskauer Beratung führen wollten, sollte in diesem Zusammenhang dazu dienen, die PAA einzuschüchtern und zu verhindern, daß sie auf dieser Beratung der 81 Parteien einen offenen Angriff auf die Chruschtschow-Revisionisten führt . Wie das Protokoll dieses Gespräches zeigt, scheiterten diese Pläne aber vollständig an der prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Haltung und dem mutigen Auftreten der albanischen Genossen.

N.S. Chruschtschow: Sie können zu sprechen beginnen, wir hören ihnen zu.

Genosse Enver Hoxha: Sie haben uns eingeladen, der Hausherr muß als erster sprechen.

N.S. Chruschtschow: Wir akzeptieren die Bedingungen der Albaner.

Ich kann nicht verstehen, was nach meinem Besuch in Albanien im Jahr 1959 geschehen ist! Solltet Ihr auch damals mit uns unzufrieden gewesen sein, so muß ich stumpfsinnig und sehr einfältig sein, daß ich es nicht gemerkt habe. Wir haben uns damals nur Gutes gesagt, wenn wir von einzelnen Scherzen absehen, wie dem mit Genossen Mehmet Shehu über die Pappeln*.

Genosse Enver Hoxha: Wenn das eine Einleitung zu dem Gespräch ist, ist das etwas anderes. Der Scherz über die Pappeln ist hier nicht am Platz.

N.S. Chruschtschow: Aber welchen Grund kann es dann noch geben, daß Ihr Eure Haltung uns gegenüber geändert habt?

Genosse Enver Hoxha: Nicht wir, sondern Ihr habt die Haltung geändert. Wir hatten auch früher Meinungsverschiedenheiten, z.B. über die Haltung gegenüber den jugoslawischen Revisionisten. Doch diese Änderung in der Haltung erfolgte nach Bukarest, und zwar durch Euch.

N.S. Chruschtschow: Ich möchte etwas richtigstellen. Ich habe geglaubt, im Zusammenhang mit Jugoslawien hätten wir keine Meinungsverschiedenheiten. Ihr habt mehr als wir über diese Frage gesprochen, auch wir haben darüber geschrieben, doch ohne Leidenschaft. Wir haben gesagt, je mehr gegen sie gesprochen wird, desto mehr werden sie aufgewertet. Und so war es auch.

Genosse Enver Hoxha: Für uns war es nicht so.

N.S. Chruschtschow: Ich spreche für uns. Dann möchte ich fragen: In welchem Ton sollen wir sprechen? Wenn Ihr keine Freundschaft mit uns wollt, so sagt es.

Genosse Enver Hoxha: Wir wollen immer Freunde sein, wir wollen uns freundschaftlich unterhalten. Das heißt aber nicht, daß wir in allem mit Euch einverstanden sein müssen.

N.S. Chruschtschow: Wir haben Euch dreimal zu Gesprächen eingeladen, wollt Ihr etwa, daß wir die Beziehungen abbrechen?!

Genosse Enver Hoxha: Ihr seid die Urheber dafür, daß sich unsere Beziehungen nach Bukarest verschlechtert haben. Wir haben Euren Genossen viele Tatsachen angeführt, sie müssen Ihnen darüber berichtet haben.

N.S. Chruschtschow: Ich verstehe das nicht ganz, in Bukarest hatte ich mit Hysni Kapo keinen Konflikt. Er sagte, er wäre vom Zentralkomitee nicht befugt, zu den zur Diskussion stehenden Fragen Stellung zu nehmen.

Genosse Hysni Kapo: Ich äußerte in Bukarest die Haltung unserer Partei und erklärte, die Bukarester Beratung wäre verfrüht und würde entgegen den leninistischen organisatorischen Regeln durchgeführt; die Meinungsverschiedenheiten, um die es dort ging, wären Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPdSU und der KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens würde ihre Meinung dazu auf der nächsten Beratung äußern. Sie sagten darauf, Sie wären über den Standpunkt der Partei der Arbeit Albaniens erstaunt. Das sagten Sie auf der Beratung der 12 Parteien der sozialistischen Länder und auf der breiten Beratung der über 50 Parteien. In Wirklichkeit hatten wir Euch unseren Standpunkt bereits dargelegt, bevor wir auf der Beratung der 12 Parteien sprachen. Ich hatte darüber mit Andropow gesprochen. Als er Ihnen davon berichtete, beauftragten Sie Andropow, den Albanern mitzuteilen, daß sie nachdenken sollten, um ihre Haltung zu ändern.

Genosse Enver Hoxha: Das Zentralkomitee unserer Partei war mit der Bukarester Beratung nie einverstanden. Ich war von Anfang an über alles auf dem laufenden, was in Bukarest vorging.

N.S. Chruschtschow: Das ist nicht so wichtig. Es ist doch so, daß Ihr auch vor Bukarest mit uns nicht einverstanden wart. Das habt Ihr uns aber nicht gesagt. Wir betrachten Euch hingegen als Freunde. Es ist meine Schuld, daß ich Euch zuviel vertraut habe.

Genosse Mehmet Shehu: Ich bitte Genossen Chruschtschow, sich an unsere Besprechungen vom Jahr 1957 zu erinnern. Wir sprachen zu Ihnen offenen Herzens über alle Fragen, unter anderem über die Tätigkeit der jugoslawischen Revisionisten. Sie hörten uns zu, standen dann nach einer Erwiderung von Genossen Enver Hoxha auf und sagten zu uns: „Ihr wollt uns doch nicht auf den Weg Stalins zurückführen!" Sie wußten also schon damals, daß wir über die jugoslawischen Revisionisten anders denken als Sie. Sie wissen das mindestens seit April 1957. Doch erinnern Sie sich, daß wir, als Sie 1955 nach Jugoslawien reisen wollten, auf Ihren Brief, in dem Sie vorschlugen, die Haltung gegenüber den jugoslawischen Revisionisten zu ändern, geantwortet haben, diese Angelegenheit müsse durch das Kominformbüro erörtert werden, und es müsse darüber entscheiden.

A. Mikojan: Ja, so war es.

N.S. Chruschtschow: Ihr sagt, in der Sowjetunion seien junge, unerfahrene Menschen an die Macht gekommen. Wollt Ihr uns vielleicht belehren?

Genosse Enver Hoxha: Nein, das ist nicht nötig. Das ist Eure innere Angelegenheit. Wissen Sie aber, was Euer Botschafter gesagt hat? Unter anderem führe ich nur eine die Armee betreffende Tatsache an. Er hat die Frage gestellt, wem die albanische Armee treu bleiben werde. Das hat er zu unseren Generälen auf dem Flughafen in Anwesenheit Eures Generals gesagt. Unsere Offiziere antworteten, die albanische Armee werde dem Marxismus-Leninismus, der Partei der Arbeit und dem Sozialismus treu bleiben.

N.S. Chruschtschow: Wenn der Botschafter so etwas gesagt hat, hat er eine Dummheit begangen.

Genosse Enver Hoxha: Es ist aber eine politische Dummheit.

N.S. Chruschtschow: Es ist eine beliebige Dummheit.

A. Mikojan: Drückte dieses Verhalten des Botschafters etwa unsere Linie aus?

Genosse Enver Hoxha: Die Dummheit eines Dummen kann man einmal verzeihen, auch wenn sie politischen Charakter hat, aber wenn sie sich öfter wiederholt, dann ist es eine Linie.

N.S. Chruschtschow: Ja, das stimmt.

Genosse Enver Hoxha: Euer Botschafter war ein Freund unserer Partei und von uns persönlich. Er war bestimmt nicht dumm. Diese „Dummheit" hat er nach der Bukarester Beratung begangen. Warum hat er vor Bukarest, in den drei Jahren, die er in Albanien war, nicht solche „Dummheiten" gemacht? Das ist verwunderlich.

A. Mikojan: Es ist nicht verwunderlich, aber früher erhielt er von Euch regelmäßig Angaben und hatte ein solches Benehmen Eurerseits nicht erlebt.

Genosse Enver Hoxha: Mir scheint, Ihr habt gesagt, er hätte nichts davon gewußt, daß es zwischen uns Meinungsverschiedenheiten gibt . . .

A. Mikojan: Genosse Enver sagte, er habe früher Iwanow alles erzählt, später aber nicht, daraus folgt die Veränderung im Verhalten des Botschafters. Darüber haben wir uns schon unterhalten.

Genosse Enver Hoxha: Wenn wir uns schon darüber unterhalten haben, wie Mikojan sagt, weshalb sitzen wir dann hier? Wenn wir, nachdem wir die Fragen besprochen haben, sagen werden, daß wir mit Euch nicht einverstanden sind, so könnt Ihr zu uns sagen, „darüber haben wir uns schon unterhalten".



„Die Moskauer Konferenz" (Ein Gemälde von Guri Madhi)

A. Mikojan: Wir haben doch den Botschafter zurückgerufen. Weshalb tretet Ihr die Sache jetzt so breit?

Genosse Enver Hoxha: Gut, lassen wir den Botschafter, doch was Ihr über Albanien und die Partei der Arbeit in Eurem Brief an die chinesischen Genossen geschrieben habt, ist unerhört.

A. Mikojan: Wir haben unsere Ansicht geäußert.

Genosse Ramiz Alia: Ihr bezichtigt uns vor allen des Antisowjetismus. (Er liest die Seite 46 des Briefes vor).

N. S. Chruschtschow: Das ist unsere Ansicht. Werdet nicht hitzig!

Genosse Mehmet Shehu: Ihr attacktiert uns, und wir sollen nicht hitzig werden.

N. S. Chruschtschow: Wir bedauern, was mit diesen Menschen geschehen ist**. Ihr seid nicht einverstanden. Koco Tashko habe ich nicht gekannt, vielleicht habe ich ihn schon zu Gesicht bekommen, aber auch wenn Ihr mir ein Foto von ihm zeigt, werde ich mich nicht erinnern.

Genosse Enver Hoxha: Wenn Sie ein Foto von ihm wollen, können wir es Ihnen schicken.

N. S. Chruschtschow: Die Belishova kenne ich weniger als Sie. Ich weiß, daß sie Mitglied des Politbüros war. Sie erzählte uns über ihr Gespräch in China, Kossygin hat das Genossen Mehmet bei seinem Aufenthalt in Moskau gesagt. Als er es hörte, wurde er ganz blaß vor Wut. Sie war eine mutige Frau, sie sagte uns offen, was sie fühlte. Es ist eine Tragödie. Ihr habt sie ausgeschlossen, weil sie für die Freundschaft mit uns war! Daher haben wir darüber in dem Dokument geschrieben.

Genosse Enver Hoxha: Sie bezeichnen also das, was hier in Eurem Material steht, als richtig?

N. S. Chruschtschow: Ja.

Genosse Enver Hoxha: Hier gibt es zwei Dinge. Erstens sagt Ihr, daß wir ein Mitglied des Politbüros auf undemokratischem Weg ausgeschlossen haben. Wer hat Euch das gesagt, daß es nicht nach den demokratischen Regeln und leninistischen Normen erfolgt ist, sondern wie Ihr es nennt, „nach stalinistischen Methoden"? Zweitens, Ihr sagt, wir hätten sie wegen Prosowjetismus ausgeschlossen, und daraus ergibt sich, daß wir antisowjetisch sind. Können Sie uns das erklären?

N. S. Chruschtschow: Wenn Ihr bereits vorher mit der Absicht hergekommen seid, keine Übereinkunft zu erzielen, sondern die Beziehungen zu verschlechtern, dann sagt es gleich, damit wir keine Zeit verschwenden.

Genosse Enver Hoxha: Sie haben nicht auf unsere Frage geantwortet. Und dieses Material haben Sie an alle Parteien verteilt.

N. S. Chruschtschow: An die Parteien, an die die Chinesen ihr Material verteilt haben.

Genosse Enver Hoxha: Auch wir haben unsere Ansicht, und sie entspricht Ihrer nicht. Sie haben uns zwei-, dreimal schon die Frage gestellt, ob wir für die Freundschaft oder für die Verschlechterung der Beziehungen sind. Wir sind hierhergekommen, um die Freundschaft zu festigen. Ihr wollt aber keinen einzigen Eurer Fehler einsehen. Ihr habt uns gegenüber Kritiken, auch wir haben welche Euch gegenüber. Ihr habt uns intern und vor allen anderen offen kritisiert. Ihr könnt auch noch andere Kritiken haben. Sagt sie uns, auch wir werden sie sagen, damit unsere Zentralkomitees Bescheid wissen. Das Zentralkomitee unserer Partei hat uns geschickt, damit wir unsere Freundschaft festigen.

N. S. Chruschtschow: Ein Genosse von Euch hat unseren Militärs gesagt, Chruschtschow sei kein Marxist.

Genosse Enver Hoxha: Im Zusammenhang mit der Frage der Militärs haben wir mit Euren Genossen gesprochen. Welches Interesse haben wir daran, daß sich unsere Militärs auf dem Stützpunkt von Vlora streiten: Ihr dagegen zieht „Dokumente" hervor, ein Genosse von uns habe so und so gesagt. Schaut lieber auf Eure Militärs. Ich habe Mikojan gesagt, daß Euer Konteradmiral auf dem Militärstützpunkt in Vlora kein Konteradmiral ist.

N. S. Chruschtschow: Wenn Ihr wollt, können wir den Stützpunkt räumen.

Genosse Enver Hoxha: Dann ist das wahr, was Malinowski und Gretschko gesagt haben. Wollt Ihr uns vielleicht drohen? Wenn das Sowjetvolk hört, daß Ihr den Stützpunkt von Vlora räumen wollt, wo er doch dazu dient, Albanien und die anderen sozialistischen Länder Europas zu verteidigen, wird es Euch das nie verzeihen . . .

N. S. Chruschtschow: Genosse Enver, nicht so laut!

Genosse Enver Hoxha: Wenn Ihr den Stützpunkt räumt, werdet Ihr einen großen Fehler begehen. Wir haben auch ohne Brot und barfuß gekämpft, uns aber nie jemandem gebeugt.

N. S. Chruschtschow: Die Unterseeboote gehören uns.

Genosse Enver Hoxha: Euch und uns, wir kämpfen für den Sozialismus. Das Gebiet des Stützpunktes gehört uns. Über die Unterseeboote haben wir unterschriebene Abkommen, die dem albanischen Staat Rechte zuerkennen. Ich verteidige die Interessen meines Landes.

A. Mikojan: Ihr Ton klingt so, als hätte Euch Chruschtschow nie etwas gegeben. Ich habe bereits mit ihm über den Stützpunkt gesprochen. Chruschtschow war nicht dafür, den Stützpunkt zu räumen. Ich habe ihm gesagt, wenn unsere Offiziere sich mit den Albanern streiten, wozu sollen wir dann den Stützpunkt halten?!

Genosse Mehmet Shehu: Ihr habt uns als Feinde betrachtet. Auch hier in Moskau habt Ihr uns beschatten lassen. Ihr wißt das genau***.

Genosse Enver Hoxha: Wie die Frage hier gestellt wurde, können wir sie im Warschauer Vertrag besprechen. Ich will sagen, daß Ihr an so etwas gedacht habt, wir aber nicht. Dann sagt Ihr, „wenn Ihr wollt, können wir ihn räumen". Auf dem Stützpunkt von Vlora haben stets gute Beziehungen zwischen den Albanern und den Sowjets bestanden, erst nach der Bukarester Beratung hat es einige durch Eure unkorrekten Offiziere verursachte Einzelfälle gegeben. Wenn Ihr darauf besteht, können wir den Warschauer Vertrag einberufen. Der Stützpunkt von Vlora aber gehört uns und wird uns gehören.

N. S. Chruschtschow: Sie erhitzen sich, Sie haben mich bespuckt, mit Euch kann man nicht reden.

Genosse Enver Hoxha: Sie sagen immer, wir seien Hitzköpfe.

N. S. Chruschtschow: Sie entstellen meine Worte. Kann der Dolmetscher eigentlich russisch?

Genosse Enver Hoxha: Lassen Sie den Dolmetscher in Ruhe, er kann sehr gut russisch. Ich respektiere Sie, auch Sie müssen mich respektieren.

N. S. Chruschtschow: Macmillan hat so mit mir reden wollen.

Genosse Mehmet Shehu und Genosse Hysni Kapo: Enver Hoxha ist nicht Macmillan, darum nehmen Sie das Wort zurück.

N. S. Chruschtschow: Wo soll ich es denn hinstecken?

Genosse Mehmet Shehu: Stekken Sie es in Ihre Tasche.

Genosse Hysni Kapo: (an die Genossen unserer Delegation gewandt) Ich bin nicht einverstanden damit, die Gespräche so fortzusetzen.

(Genosse Enver Hoxha und die anderen Genossen stehen auf und verlassen den Saal).

---

* Die einzige Bemerkung, die N. S. Chruschtschow während seines Besuches in Albanien im Mai 1959 zu machen wußte, war, daß die unsere Fahrstraßen säumenden Pappeln durch Feigen- und Pflaumenbäume ersetzt werden sollten! ...

** Liri Belishova und Koco Tashko

*** Gemeint sind die Abhöranlagen, die die Sowjetrevisionisten versteckt, sowohl im Quartier der Delegation der PAA in Moskau, Sartschje, als auch in den Büros der Botschaft der VR Albanien in Moskau angebracht hatten.

Aus aller Welt

SÜDAFRIKA

Anläßlich der Wiedereröffnung der Schulen Südafrikas, die nach den Polizeimorden in Soweto geschlossen worden waren, kam es erneut in mehreren Städten zu Unruhen und Demonstrationen. In Middleburg erschoß die Polizei dabei zwei jugendliche Demonstranten und verletzte 17 weitere zum Teil sehr schwer. Trotz dieses Terrors bekundeten die südafrikanischen Studenten ihre Entschlossenheit, den im letzten Monat begonnenen Kampf bis zu Ende zu führen. Dem Aufruf der Studenten in Soweto schlossen sich die Schüler und Studenten in Johannesburg, Kapstadt, Pretoria und andere an. Dabei versicherten sie auch dem namibischen Volk ihre Unterstützung. Wie Polizeiminister Kruger erklärte, wird die faschistische Regierung noch stärkere Truppenverbände gegen die Studenten und die kämpfende schwarze Bevölkerung zusammenziehen.

SIMBABWE

Das Smith-Regime gab eine neue Erhöhung seines Militärhaushaltes um 40 Millionen Dollar bekannt, um die Bekämpfung der Patrioten Simbabwes weiter zu intensivieren. Doch auch die beste Ausrüstung und modernste Bewaffnung können die Erfolge der Freiheitskämpfer nicht aufhalten. Bei Kämpfen in den letzten Tagen wurden weit über 50 Regierungssoldaten getötet. Am 13. Juli sprengten sie ein Brennstofflager der Smith-Regierung in die Luft.

NORDIRLAND

Die irischen Patrioten haben ihre Aktivitäten in der letzten Zeit beträchtlich verstärkt und dabei große Erfolge errungen. Bei mehreren Bombenanschlägen auf Niederlassungen der britischen Besatzer und einheimischer Kollaborateure sprengten sie Armeefahrzeuge, Militärdepots und Gebäude der reaktionären Verwaltung in die Luft. Mit Hilfe von Sprengladungen befreiten sie mehrere politische Gefangene im Gerichtssaal. Am 18. Juli flog das Gebäude der reaktionären Miliz „Ulster Defence Regimment" nördlich von Belfast in die Luft und wurde zerstört. Bei diesen Aktionen wurde auch der britische Botschafter in der Republik Irland, die immer enger mit der britischen Regierung gegen das Volk von Nordirland zusammenarbeitet, hingerichtet. Botschafter Ewart Biggs flog mit seinem Auto in die Luft. Dabei wurde auch der höchste Beamte des englischen Nordirland-Ministeriums schwer verletzt.

USA

Seit mehr als zwei Wochen streiken die Werktätigen im Gesundheitswesen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und Überprüfung ihrer Arbeitsverträge. Kleinere Lohnangebote der Kapitalisten wurden von den Arbeitern zurückgewiesen. Bei Protestdemonstrationen in New York kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Streikenden.

SAMBIA

Präsident Kaunda hat erneut die bewaffneten Angriffe der Faschisten in Pretoria auf sambisches Gebiet verurteilt, bei denen 22 Menschen getötet und 45 verwundet wurden. Kaunda betonte, daß alle Übergriffe der Rassisten auf afrikanische Länder zum Scheitern verurteilt seien.

AUSTRALIEN

Mehrere hundert Menschen demonstrierten in Melbourne gegen die Einmischung beider Supermächte in Australien. Sie trugen Transparente und Fahnen mit den Parolen: „Das Volk widersetzt sich den Supermächten!", „Yankees raus!" und „Russen raus!" Ähnliche Demonstrationen fanden in Adelaise und Canberra statt.

PALÄSTINA

In der ersten Julihälfte führten palästinensische Partisanen eine Reihe erfolgreicher Aktionen durch. In Tel Aviv zerstörten sie in einem Angriff ein Lokal, in dem hauptsächlich zionistische Offiziere verkehren, und verwundeten einige von diesen schwer. Kurz darauf zerstörte ein Partisanenverband die Eisenbahnlinie Tel Aviv – Beer Sheba, wobei ein Güterzug der Zionisten entgleiste. Nahe der Stadt Hebron griffen Palästinenser einen israelischen Militärstützpunkt an und zerstörten mehrere Militärfahrzeuge. Im Gaza-Gebiet griffen sie einen Jeep an, der zerstört wurde und töteten den Fahrer. Trotz der strengen Bewachung gelang es den Guerillas, eine Straße in der Nähe Jerusalems zu verminen.

JAPAN

In mehreren Städten Japans fanden Versammlungen und Kundgebungen gegen das sowjetische Großmachtstreben statt, die von der japanisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft organisiert wurden. Die Teilnehmer der Kundgebungen forderten einen sofortigen Freundschaftsvertrag zwischen China und Japan.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

USA

Etwa 30 000 Werktätige der amerikanischen Firma Westinghouse traten zur Unterstützung ihrer Lohnforderungen in den Streik. Sie schlossen sich einem unbefristeten Streik von 11 000 Beschäftigten an, die bereits am 11. Juli die Arbeit niedergelegt hatten.

FRANKREICH

Die französischen Obstbauern, die trotz guter Ernten immer schlechtere Preise erzielen, weil die französischen Nahrungsmittelkonzerne einen Großteil des Obstes aus dem Ausland importieren, haben gedroht, französische Obstimporte zu vernichten. Um ihrer Drohung Nachdruck zu verleihen, stürzten sie Lastwagen aus der Bundesrepublik um, die Obst geladen hatten.

SPANIEN

Trotz der großangekündigten Änderungen des Strafrechts, die angeblich Versammlungsfreiheit für das spanische Volk bringen soll, gehen die Verhaftungen bei Demonstrationen und Kundgebungen weiter. In einem Park in Madrid nahm die Guardia Civil mehrere Jugendliche fest, die zu einer politischen Diskussion zusammengekommen waren. In Malaga löste die Polizei ein Musikfestival auf, weil die Zuhörer sich zusammenschlossen und politische Parolen, wie „Freiheit und Amnestie" riefen. In Verarga im Baskenland nahmen über 100 000 Menschen an der größten Demonstration seit Francos Tod teil und forderten größere Autonomie für das Baskenland. In Viego, Nordwestspanien, versammelten sich über 20000 Menschen unter der Forderung nach einer Amnestie für politische Gefangene. Gleichzeitig fanden in mehreren spanischen Städten Bombenanschläge auf Einrichtungen des Staates und der Polizei statt.



Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Türkei

HALKIN SESİ 42

Libanon

Supermächte schüren die Spannung

Der Libanon zieht weiterhin die Aufmerksamkeit der Völker der Welt auf sich. Sie verfolgen beunruhigt die in diesem Land entstandene schwierige Lage, wobei infolge der Zusammenstöße zwischen den rivalisierenden Gruppen die Zahl der Opfer täglich ansteigt. Allein innerhalb von drei Tagen wurden etwa 1 500 Menschen getötet und weitere Tausende verwundet. Verschiedene Waffenstillstandsabkommen wurden in letzter Zeit im Libanon unterzeichnet. Trotzdem aber spitzt sich die Lage dort immer mehr zu. Es ist eine Eskalation der Kämpfe festzustellen.

Dieser schlimme Krieg innerhalb des Landes ist gleichzeitig auch für die arabische Sache schädlich und äußerst gefährlich. Er ist keineswegs ein Religionskrieg, wie ihn die beiden Supermächte und Israel hinstellen möchten, sondern ein Bestandteil ihrer großen Verschwörung gegen die arabischen Länder. Die Ereignisse im Libanon wurden von den USA, der Sowjetunion und ihrem Werkzeug Israel sowie von den reaktionären arabischen Kräften heraufbeschworen, um im Nahen Osten den Zustand der Spannung und der Unsicherheit aufrechtzuerhalten und gleichzeitig einen weiteren Keil in die Einheit der arabischen Völker zu treiben und besonders das palästinensische Volk hinterrücks zu überfallen. Alles hängt damit zusammen, die auf libanesischem Boden lebenden Palästinenser zu liquidieren.

Auch jetzt lassen die beiden Supermächte nichts unversucht, die Spannung im Libanon zu schüren, um dann ihre „Hilfe" anbieten zu können, die nichts anderes ist als eine Falle für die Freiheit und Unabhängigkeit der arabischen Länder. Zu diesem Zweck schlagen sie einen großen Lärm über die Ereignisse im Libanon und stellen sie als „unlösbar" hin. Gleichzeitig bringt auch die arabische Reaktion ihre demoralisierenden Parolen über eine „faktische Aufteilung des Libanon" in Umlauf: die Spaltung seiner Bevölkerung ginge so weit, daß nur Chaos herrsche und jede politische Tätigkeit auf der Stelle trete. Hinter dieser gespannten Atmosphäre aber, die die beiden Supermächte herbeigeführt haben, stecken ihre imperialistischen Hegemonieinteressen, und deshalb bemühen sie sich mit jedem Mittel, sich das Recht der großen Schiedsrichter zuzuerkennen, da angeblich nur sie die Frage der Sicherheit im Nahen Osten lösen können, d.h. die Frage der Beibehaltung ihrer Einflußbereiche und ihrer Herrschaft in diesem Raum der Welt. Um diesen Zustand noch schwieriger zu machen, bemüht sich der US-Imperialismus durch seine Waffen und Dollars ein starkes und immer aggressives Israel auf den Beinen zu halten.

Auch die doppelzüngige Politik, die die Moskauer Sozialimperialisten verfolgen, läuft auf dasselbe hinaus. Unabhängig von den demagogischen Parolen über die angebliche Freundschaft zu den arabischen Völkern festigen sie ihre Verbindungen und ihre Zusammenarbeit mit Israel und geben den Zionisten alle Garantien für ihre Existenz und ihre sicheren Grenzen im Nahen Osten. All das kann man aber nicht losgelöst von der gegenwärtigen Lage im Libanon betrachten, wo die israelischen Aggressoren direkt ihren Einfluß ausüben, sowohl durch ihre Drohungen mit offener Aggression als auch durch die ständigen militärischen Provokationen, die sie gegen den Libanon verüben.

Derzeit erweisen sich die beiden Supermächte als äußerst aktiv im Libanon, und sie versuchen, im Trüben zu fischen, in dem Wasser, das sie selbst getrübt haben. Das tat dieser Tage auch US-Staatssekretär Kissinger. Er trat als Initiator für eine „Konferenz zur Lösung des libanesischen Problems" auf. Diesem Vertreter des US-Imperialismus zufolge wird die tragische Lage dieses Landes nur dann eine Lösung finden, wenn man das Problem ins Räderwerk der amerikanischen Politik und Diplomatie klemmt. Einer solchen Konferenz den Boden zu bereiten, ist seit Monaten schon Sache des Abgesandten Washingtons, Dean Brown, der sich im Libanon aufhält. Immer intensiver werden auch die Einmischungen Moskaus in diesem Land. In einer Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS wird hervorgehoben, „der Nahe Osten liegt näher an der Sowjetunion als an den USA, und die Sowjetunion ist nicht weniger am Verlauf des Geschehens im Libanon und seiner Umgebung interessiert". Sowohl die US-Imperialisten als auch die sowjetischen Sozialimperialisten gebärden sich also mit größter Unverschämtheit so, als ob der Libanon ein Brocken sei, der ihnen beiden gehört.

Was die beiden imperialistischen Supermächte im Libanon tun, ist natürlich nicht losgelöst von ihrer gesamten aggressiven und hegemonistischen Tätigkeit, die sie auf der ganzen Welt betreiben. Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen deutlich, daß die Aggressionspolitik der beiden imperialistischen Supermächte, der USA und der Sowjetunion, im Rahmen ihrer Globalstrategie um Einflußbereiche und Beherrschung der Welt darauf abzielt, Streitigkeiten, Spannungen und Kriegsherde in verschiedenen Regionen der Welt anzufachen, damit sie dann als Befürworter der einen oder der anderen Seite intervenieren können unter dem Vorwand des „Wunsches" nach Befriedung und Schaffung von Ruhe. In allen Fällen nutzen sie die geschaffenen Situationen dazu aus, um ihre Einflußbereiche im Rahmen ihrer Hegemonie- und Aggressionspolitik zu vergrößern. Diese Politik betreiben sie seit Jahren im Nahen Osten, und der Libanon macht dabei keine Ausnahme. Der US-Imperialismus tritt mit der Parole auf, er müsse „die Lage beruhigen", wie Kissinger unlängst erklärte. Der sowjetische Sozialimperialismus tritt mit der Parole auf, der Libanon läge näher zu ihm. Das sind aber nur Masken, um ihre antiarabischen und antipalästinensischen Komplotte zu tarnen und ihre Supermachtklauen in den Nahen Osten zu schlagen.

Die Intervention der beiden Supermächte, ihres Werkzeugs Israel und der arabischen Reaktion sowie die Spaltung, die sie gestiftet haben, sind die Ursache der tragischen Ereignisse, der großen Menschenopfer und des unermeßlichen Sachschadens im Libanon. Deswegen erkennen das Volk dieses Landes, das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker, daß ihr Unheil ein Ergebnis der gemeinsamen Komplotte der Imperialisten, der Zionisten und der arabischen Reaktion ist. Die Ereignisse im Libanon sind eine Lehre nicht nur für das libanesische Volk, sondern für alle Völker, denen die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Landes teuer ist.

Portugal

Eanes: Ein General des Kapitals und der Reaktion

In Portugal ist der General Eanes zum Staatspräsidenten gewählt worden. Er ernannte den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Soares, zum Ministerpräsidenten eines Minderheitenkabinetts. Für seine Wahl hatte Eanes die Unterstützung der Sozialistischen Partei, der reaktionären PPD, des faschistischen CDS und der Gruppe Vilars, die sich KP Portugals/ML nennt. Sie alle versuchten dem portugiesischen Volk einzureden, daß Eanes für die „Freiheit" des Landes und die „Demokratie" einsteht. Schauen wir uns aber einmal an, wie das Programm des Generals Eanes in Wirklichkeit aussieht.

Eanes, dem nach seiner Wahl auch Cunhals Revisionisten ihre Unterstützung anboten, ist der Vertreter der Interessen der portugiesischen Großbourgeoisie. Eanes ist ein verkappter Faschist. Seit dem 25. April 1974, als das faschistische Regime gestürzt wurde, arbeitete er eng mit Spinola zusammen. Nach dem gescheiterten Putsch Spinolas und seiner Vertreibung aus dem Land, hielt Eanes weiter Kontakt zu ihm. Über den von Eanes geleiteten Generalstab der portugiesischen Armee lief ein beträchtlicher Teil des Waffennachschubs für die faschistischen Banden, die in Portugal unter dem Befehl Spinolas operieren. Insofern ist es keine Überraschung, wenn der von Eanes zum Ministerpräsidenten ernannte Soares dieser Tage in einem Interview Spinola zur Rückkehr nach Portugal aufforderte und ausdrücklich beteuerte, er „respektiere" ihn.

Eanes trat sofort nach seiner Wahl offen gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen auf. „Theoretisch", sagte er, „liegen die Interessen der Unternehmer und Arbeiter gar nicht so weit auseinander. Sie werden in unserem Lande konvergieren (immer mehr zusammenfallen – RM) und dies wird in unseren Gesetzen zum Ausdruck kommen." Das ist eine klare Sprache, in der Eanes die Arbeiter davor warnt, für ihre berechtigten Interessen in den Kampf zu treten, Streiks durchzuführen und zu organisieren und Kämpfe anderer Art zu führen. Eanes bezeichnete Streiks sogar als „antipatriotisch" und zeigte damit, daß der „Patriotismus", für den er sich einsetzt, der „Patriotismus" der portugiesischen Großbourgeoisie ist. Alle Chancen stehen jetzt auch dem hohen Beamten des Arbeitsministeriums, einem führenden Mitglied der Vilar-Gruppe, offen, der schon seit längerer Zeit einen Gesetzesentwurf veröffentlicht hat, nach dem die Arbeiter und Kapitalisten in einem „kooperativen" Zwangsverband zusammengeschlossen werden sollen, wie zur Zeit der faschistischen Diktatur.

Eanes steht aber auch für den Ausverkauf der nationalen Interessen Portugals an den Imperialismus, vor allem an die amerikanischen Imperialisten. Sie, die schon jetzt die beherrschende Stellung in der Wirtschaft des Landes einnehmen, können sich voll auf Eanes und seinen Busenfreund Soares verlassen. Schließlich erklärte der Letztere mehr als einmal, daß die amerikanischen und jeder andere ausländische Kapitalist jederzeit herzlich willkommen in Portugal seien. So ist es nicht verwunderlich, daß die amerikanischen Imperialisten nach der Wahl Eanes, ihre Befriedigung zum Ausdruck brachten und der portugiesischen Armee eine ganze Anzahl neuer Waffen lieferten. Gegen teures Geld versteht sich.

Das also ist Eanes: Ein Präsident der portugiesischen Großbourgeoisie und des Imperialismus, an dem nichts Fortschrittliches zu finden ist.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Offizielle Übergabe der Tansam-Bahn

Ein Lobgesang auf den Mut der Armen

Mitte Juli wurde die Tansam-Eisenbahn, die von Sambia durch Tansania zum Meer führt, offiziell an die Regierungen Tansanias und Sambias übergeben. Mit selbstloser Hilfe der VR China, die für diese Eisenbahn einen zinslosen Milliardenkredit gab und chinesische Techniker und Arbeiter schickte, um die afrikanische Bevölkerung den Eisenbahnbau zu lehren, haben die Werktätigen von Sambia und Tansania ein großartiges Bauwerk geschaffen. Um Hilfe gebeten, hatten mehrere imperialistische Länder den Eisenbahnbau als „technisch unmöglich und zu teuer“ abgelehnt.

Daß die Tansam-Bahn dennoch unter schwierigsten Bedingungen, sogar ein Jahr vorfristig fertiggestellt werden konnte, beweist, zu welchen schöpferischen Leistungen die Völker fähig sind, wenn sie sich auf die eigenen Kräfte stützen und zum Nutzen des Volkes arbeiten. Die Tansam-Bahn ist nicht nur wichtig für die bessere Entwicklung der Wirtschaft in Tansania und Sambia, der gemeinsame Kampf um diesen Bau hat vor allem die beiden Völker dieser Länder zusammengeschmiedet und eine unverbrüchliche Freundschaft mit dem chinesischen Volk geschaffen, das hier wirklich internationalistische Hilfe leistete.

Anläßlich der Übergabe der Tansam-Eisenbahn veröffentlichte die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua eine Reportage über den Bau, die wir hier vollständig abdrucken.

„Wir werden diese Eisenbahn bauen!“

Um die beiden Völker von Tansania und Sambia brutal auszubeuten und ihre Rohstoffe und Reichtümer zu rauben, haben die Kolonialisten verschiedene Eisenbahnlinien in diesen beiden Ländern gebaut. Sie waren jedoch ziemlich kurz und unwirtschaftlich angelegt. Sie erlaubten bei weitem nicht, die Bedürfnisse der Entwicklung beider Länder nach ihrer Unabhängigkeit zu erfüllen. Sambia vor allem, ein Land ohne Zugang zum Meer, dessen Eisenbahnnetz mit dem Südafrikas verbunden ist, war gezwungen, das rassistische Rhodesien zu passieren, um sein Kupfer zu exportieren und andere Handelsgüter zu importieren und zu exportieren. So war es vielen Hindernissen ausgesetzt, die von dem faschistischen Smith-Regime errichtet wurden, und ständig bedroht von der Schließung der Grenzen, was die Schließung der Exportwege bedeutet hätte. Deshalb wollte das Volk von Tansania und Sambia seit langem eine Eisenbahnlinie bauen, die Sambia und Dares-salam verbindet. Der Vorteil davon wäre ein Anreiz für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft gewesen, die Befreiung von der Kontrolle des Imperialismus und das Durchkreuzen der Blockaden des rassistischen Regimes.

Die Imperialisten weigerten sich, diesen beiden Ländern beim Bau der Eisenbahnlinie zu helfen.

Der Präsident von Tansania, Julius Nyerere, und der Präsident von Sambia, Kenneth David Kaunda, kamen 1965 beziehungsweise 1967 zu Besuchen nach China. Beide hatten dort Unterredungen mit dem Vorsitzenden Mao Tsetung und entschlossen sich daraufhin, mit vereinten Anstrengungen die Eisenbahnlinie zu bauen.

Im September 1967 wurde ein offizielles Abkommen zwischen den drei Regierungen Tansania, Sambia und China unterzeichnet.

Dieses Abkommen rief das Mißfallen der Imperialisten hervor, die behaupteten, das Projekt sei nichts anderes als ein „Hirngespinst“. Doch das alles konnte die Entschlossenheit der Völker von Tansania und Sambia nicht erschüttern, die erklärten „Wir werden diese Eisenbahn bauen!“

Schwierige Konstruktion des Hochbaus

Im Oktober 1970 brachen viele tausend Arbeiter voller Begeisterung auf, um die 502 km lange Eisenbahnlinie von Dares-salam nach Mlinba zu bauen. Das war eine Wüstenzone, die sich endlos weit erstreckte, ohne sichtbare Zeichen menschlichen Lebens. Der Boden war von einem mannshohen Dikkicht von Unkraut überwuchert, und mit einem dichten Gestrüpp von Sträuchern. Dann folgte ein Hunderte von Kilometern langer, tiefer Dschungel.



Die Tansam-Eisenbahn

Unter diesen Bedingungen nahmen die fleißigen und mutigen Arbeiter aus Sambia und Tansania die Arbeit auf. Mit Beilen und Messern fällten sie Bäume und Sträucher und errichteten Hütten aus Zweigen und Rohren. Oft wurde das Essen draußen auf einem Feuer gekocht, auf Steinen, die einen einfachen Topf trugen.

Während der Trockenzeit überstieg die Temperatur weit über 40 Grad, die Sonne verbrannte die Arbeiter und die glühendheißen Steine versengten ihre Füße. Die Hitze konnte jedoch die Entschlossenheit der Arbeiter nicht dämpfen und der Bau brachte erste Erfolge.



Tiefe Freundschaft zwischen den Arbeitern und Experten aus Sambia, Tansania und der Volksrepublik China.

Während der Regenzeit gingen plötzlich Wolkenbrüche nieder, die die Wege und Behelfsbrücken fortrissen und Strommasten zerstörten.

Unter diesen enormen Schwierigkeiten wurde die 502 km lange Strecke von einer Armee von Bauarbeitern innerhalb eines Jahres fertiggestellt. Dieser Erfolg war zugleich eine schallende Ohrfeige für die imperialistischen Verleumder.

Die Teilstrecke von Mlinba nach Makumbako, die 155 km lang ist, mußte ein Tal durchqueren, das von Schluchten durchzogen war, durchfurcht von Hügeln und Bächen und übersät mit Sümpfen. Die Imperialisten hatten behauptet, ein solches Gebiet sei für die Bauarbeiter der Eisenbahn undurchdringlich.

Trotzdem gingen die heldenhaften Bauarbeiter auf dieser Teilstrecke, die einen so schlechten Ruf hatte, zum Angriff über, entschlossen, alle Hindernisse zu überwinden.

Am 24. März 1972, um Mitternacht, ergossen sich Regenstürze, die die Berge hinunterflossen, in eine Schlucht vor dem Ausgang des Tunnels Nr. 1 von Mlinba. Die Arbeiter, die gerade ihre Arbeit verließen, machten auf der Stelle kehrt, um Ausrüstung und Material zu retten. Anochiche, ein alter tansanischer Arbeiter, watete durch das ein Meter tiefe Wasser, um das in der Küche gelagerte Getreide zu retten. Das Gewitter wütete so stark weiter, daß er fast bis zum Gürtel im Wasser stand. Anochiche achtete kaum auf die Gefahr. Ein anderer tansaniischer Arbeiter, Andongweshi, überlegte und drang seinerseits, in Sorge über Anochiche, in die Küche ein. In diesem Augenblick stürzte eine drei Meter hohe Flutwelle auf sie ein. Der alte Anochiche und Andongweshi, ein Junge von 20 Jahren, gaben ihr Leben für die Eisenbahn der Freiheit.

Woher kam dieser Mut, der die tapferen Bauarbeiter in ihrem Kampf gegen Himmel, Erde und Imperialismus beseelte? Die Arbeiter aus Tansania und Sambia gaben darauf folgende hochherzige Antwort: „Keine Schwierigkeit auf der Welt ist unüberwindlich. Es ist die Begeisterung beim Aufbau unseres Landes, die unsere Kraft ausmacht.“ Und sie erklärten übereinstimmend: „Der einzige Ausweg der armen Länder ist harte Arbeit im Vertrauen auf die eigene Kraft. Man darf weder etwas von Gott erhoffen, noch von der Gnade der Imperialisten.“

Obwohl zweimal ernsthaft verletzt, sagte der junge chinesische Arbeiter Ho Wu-Luen: „Ich habe keine Angst, meine Knochen zu riskieren. Ich weihe meine Jugend Afrika. Ich bin bereit, alle Unbilden für das Wohlergehen der afrikanischen Völker zu ertragen.“

Diese bewegenden Taten und Worte zeigen das hohe patriotische und internationalistische Bewußtsein, das die heldenhaften Arbeiter beseelt.

Die Bauarbeiter erfuhren im Lauf ihrer Tätigkeit an der Eisenbahnlinie große Unterstützung von den Völkern Tansanias und Sambias. Eines Tages brauchte die Mannschaft des Tiefbaus Nr. 2 Salz, denn Salz wurde aus 100 km Entfernung von Kangolo herbeigeschafft, und es war unmöglich, den Bedarf zu decken. Als die Bevölkerung aus der Umgebung das erfuhr, machte einer nach dem anderen sich auf die Suche nach neuen Quellen für die Salzversorgung. Einige legten Dutzende von Kilometern zu Fuß zurück, um eine Probe von neuentdecktem Salz vorzuzeigen. Andere fuhren weite Strecken mit dem Fahrrad, um Salzsäcke zu transportieren. Sonntags besuchten Schüler gruppenweise die Bauhütten der Arbeiter und erzählten von ihrer „neuen Entdeckung“.

Im gemeinsamen Kampf wird die Freundschaft geschmiedet

In diesen drei Jahren harten Kampfes haben sich die Eisenbahnarbeiter aus drei Ländern ständig umeinander gesorgt. Einer lernte vom anderen, sie arbeiteten Seite an Seite, Schulter an Schulter. Gemeinsam haben sie Berge versetzt, Tunnels gegraben, die gleichen Maschinen gelenkt, um Erde zu transportieren und Gleise zu verlegen. Gemeinsam vergossen sie unter der glühenden Sonne Blut und Schweiß, trotzten sie Wind und Regen, wateten sie im Schlamm. Von Durst gequält, tranken sie das gleiche Wasser. Von Hunger gepeinigt, teilten sie ihre Lebensmittelrationen.

Die chinesischen Arbeiter werden niemals die tiefen freundschaftlichen Gefühle vergessen, die ihnen die Völker Tansanias und Sambias entgegenbrachten.

Einmal verbrannte sich ein chinesischer Schweißer die Augen an einem elektrischen Bogen. Er konnte kein Licht mehr ertragen und litt entsetzliche Schmerzen. Er fürchtete schon, nicht weiter an den Bauarbeiten teilnehmen zu können. Ein sambischer Arbeiter, Saidi, brachte ihm eine Flasche frischer Milch, damit er seine Augen behandeln könne. Erstaunt fragte der Schweißer, woher diese Milch mitten in der Wüste komme. Lächelnd antwortete Saidi, das sei nicht Kuhmilch, sondern Muttermilch. Denn Saidis Frau hatte gehört, daß Augen, die durch einen elektrischen Bogen verletzt wurden, durch Milch behandelt werden könnten. Sie zögerte nicht, ihre eigene Milch zu geben und ließ sie durch Saidi dem chinesischen Genossen bringen. Den Tränen nahe, nahm der chinesische Arbeiter die Milch und konnte nur die einfachen Dankesworte finden: „Rafik, Rafik! (Freundschaft in der Sprache der Suahelis)“

Am 24. November 1971 verunglückte der chinesische Arbeiter Yang Yong-Fu, der die Aufgabe hatte, Schottersteine in den oberen Teil des Tunnels Nr. 2 zu schaffen. Er stürzte in einen anderen Tunnel, der gegraben worden war, um Steine und Geröll in dort aufgestellten Waggons fortschaffen zu können. Der Arbeiter Alosis Mhinga, der außerhalb des Tunnels gerade seine Ruhepause abhielt, stürzte zu dem Unglücksort und entdeckte, daß der Kopf Yangs von zwei großen, schwankenden Felsbrocken bedroht war. Eines seiner Beine ragte aus dem Steinhaufen aus dem Tunnel heraus, das andere Bein war ohne Zweifel unter den Kiesmassen begraben. Die Felsbrocken konnten jeden Augenblick herunterstürzen und Yangs Kopf zerschmettern. Mhinga sprang in einen Waggon, der am Tunneleingang abgestellt war, um mit seinen Armen die beiden Felsbrocken aufzuhalten, die herabzustürzen drohten. Eilig kamen Arbeiter aus China, Tansania und Sambia herbeigelaufen, um Yang zu helfen. Sie bemühten sich, ihn aus der Tunnelöffnung herauszuziehen und aus der Gefahrenzone der schwankenden Felsbrocken herauszuschaffen. Plötzlich prasselten Steinbrokken auf Mhinga nieder, die ihm große Schmerzen an Kopf und Körper verursachten. Endlich gelang es den Arbeitern, einen der Felsen zu verschieben. Der andere lastete nun noch viel schwerer auf Mhingas Schultern. Die Zähne zusammengebissen, alle Muskeln angespannt, hielt er den Felsblock weiter fest. Seine Wunden bluteten, seine Arme zitterten, und große Schweißtropfen liefen über seinen ganzen Körper. Trotzdem gab er nicht auf. Ein fester Vorsatz ließ ihn durchhalten: Ich muß um jeden Preis meinen chinesischen Freund retten! Schließlich gelang es, Yang hervorzuziehen, und erst jetzt ließ Mhinga den Felsbrocken los, der zu Boden stürzte und zerschellte. Drei starke junge Männer genügten kaum, ihn wegzuschaffen.

Es war die Kraft kämpferischer Freundschaft, die es Mhinga möglich machte, zwei Felsbrocken mit seinen Armen aufzuhalten, die drei junge Männer kaum fortbewegen konnten. Eben diese Freundschaft hat die Arbeiter aus Tansania, Sambia und China ermutigt, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und diese Eisenbahn fertigzustellen, die die Völker von Tansania und Sambia so dringend brauchen.

Eine solch tiefe Freundschaft kann es nur geben zwischen den Völkern der armen Länder, die in der Vergangenheit die gleichen Leiden kennenlernten, und die heute die gleichen Kampfziele und gemeinsame Interessen verfolgen.

Das gemeinsame Schicksal, der gemeinsame Kampf für dasselbe Ziel – das hat die tiefe Freundschaft zwischen den heroischen Bauarbeitern und den Völkern der drei Länder gefestigt.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Das große Los war schon vorher vergeben

Bei uns gibt es ja bekanntlich viele Arten von Glücksspielen, so nach Motto jeder hat eine Chance, jeder kann gewinnen. Bei Lotto und Toto etc. ist der eigentliche Gewinner der kapitalistische Staat, der Woche für Woche Millionenbeträge kassiert. Es gibt aber noch eine Unsumme von anderen „Spielchen", so besonders die unzähligen Preisausschreiben. Wie hier das „Glück" manchmal spielt, schildert folgende Zuschrift:

Ein großer Elektrokonzern (ich glaube es war Philips) machte ein Preisausschreiben, so nach dem Motto: Gehen Sie in den nächsten Tagen in Ihr Elektrogeschäft und gewinnen Sie eine Flugreise für zwei Personen in den fernen Osten! Manch einer mag sich denken: Hinein in den Laden, Kleinigkeit gekauft und mitgemacht, vielleicht hab ich das „große Glück"! Er kann natürlich nicht wissen, daß Fortuna schon längst ihre Wahl getroffen hat, nämlich: Mein Vater, ein Elektro-Großhändler hat das Ticket für die Flugreise schon längst in der Tasche. Jedoch brauchte er kein Geld für Porto auszugeben. Er bekam das Ticket direkt von Philips, bevor das Preisausschreiben überhaupt in der Öffentlichkeit ausgeschrieben war. Für treue Dienste, versteht sich! (Das Ganze ist vor etwa zwei Jahren passiert.)

Für kapitalistische Unternehmen ist so ein Spielchen nämlich immer lohnend. Zum einen schürt man bei den Werktätigen Hoffnungen auf das „große Los", lockt sie auf diese Weise in die Geschäfte und verdient so wieder an ihnen. Zum anderen „belohnt" man mit den Preisen u.a. seine direkten Abnehmer, nämlich nämlich die Großhändler und zum guten Schluß kann man alles noch von der Steuer absetzen. Ein durchaus lohnendes Geschäft!

Faschistische Fahndungsmethoden

Noch immer fahndet die Polizei nach dem Demonstranten, der während der Straßenkämpfe in Frankfurt nach dem Tod Ulrike Meinhofs einen Polizisten mit einem Molotowcocktail verletzte. Dabei wendet die Polizei Methoden an, wie sie sonst nur bekannt sind aus offen faschistischen Regimen.

Angeblich waren die Kämpfe damals von einem unbeteiligten Passanten gefilmt worden. Die Polizei wollte unbedingt in den Besitz dieses Films kommen. Da sie die Kameratype zu kennen meinte, wandte sie sich an die Herstellerfirma und ließ sich Namen und Adressen solcher Kunden geben, die Filmkameras dieses Typs gekauft hatten. Von zumindest einem Kunden wurde inzwischen bekannt, daß er einen Brief von der Polizei erhielt mit der Frage, ob er es gewesen sei, der den Film gedreht hätte. Wenn ja, so solle er das Filmmaterial zur Verfügung stellen und als Zeuge aussagen.

Einerseits zeigt dieser Fall, wie schwer es der Polizei fällt, Zeugen aus der Bevölkerung zu finden, zu welch üblen Methoden der Erpressung – anders kann man dieses Schreiben ja nicht bezeichnen – sie greift, um Menschen zur Denunziation zu bringen.

Andererseits aber beweist er, wie systematisch und umfassend die Bourgeoisie vorgeht, um ihre Spitzelmethoden zu verfeinern und umfangreiches Material zu sammeln für die Akten des Verfassungsschutzes und der Polizei. Selbst wer wann wo eine Filmkamera erworben hat, kann unter Umständen für sie interessant sein und wird ausgeschnüffelt.

"Chemical mace" gegen feiernde Jugendliche

Ein geradezu unerhörtes Beispiel für den Polizeiterror gegen die Bevölkerung, der insbesondere nachts auf den Straßen ständig zunimmt, ist ein Vorfall in Biberach, über den die Stuttgarter Presse berichtete. Als einige Jugendliche nach einem Schützenfest in feuchtfröhlicher Stimmung noch auf der Markttribüne Bier tranken, wurden sie von zwei Polizisten, die sie kontrollieren wollten, in unverschämter Weise beschimpft. Als daraufhin einer der Jugendlichen in angetrunkenem Zustand zurückschimpfte, zog der eine Polizist unvermittelt seine Chemische Keule und spritzte fünf Schuß des gefährlichen Gases auf den Jugendlichen ab.

Zwei Stunden später erschienen die Jugendlichen vor dem Polizeigebäude in der Waldseer Straße, um eine Anzeige wegen Körperverletzung gegen den Polizisten zu erstatten. Doch sie wurden nicht eingelassen. Ein Polizist rief ihnen lediglich aus dem Fenster zu, sie sollten sich nicht so haben, der Einsatz der Chemischen Keule wäre reiner Übungszweck gewesen. Als die Jugendlichen aber nicht von der Stelle wichen und auf einer Anzeige beharrten, wurden sie von den Polizisten aus dem Gebäude mit Gummiknüppeln überfallen und niedergeschlagen. Ein Jugendlicher blieb schwer getroffen auf dem Gehsteig schreiend liegen. Trotz mehrfacher Aufforderung weigerten sich die Polizisten, einen Krankenwagen zu holen. Schließlich brachte ein Rot-Kreuz-Wagen, den die Jugendlichen herbeigerufen hatten, den Verletzten ins Krankenhaus, wo eine Nackenwirbelprellung infolge der Knüppelschläge festgestellt wurde.

Geradezu zynisch ist der Kommentar der Biberacher Polizei zu diesem Vorgehen. Hauptkommissar Maier: Andere Möglichkeiten habe es für die Beamten nicht gegeben, um „die Ruhe wiederherzustellen". Im übrigen zeuge das Vorgehen der Beamten von einer „Eselsgeduld".

Schwere Verwüstungen durch Deichbruch beim Elbe-Seitenkanal

Wie konnte es zu dieser grossen Katastrophe kommen?

Wie ein reißender Wasserfall ergoß sich der Kanal aus dem gebrochenen Deich. Eine immer breiter werdende Flutwelle schoß auf das kleine Heidestädtchen Erbstorf zu: Häuserwände werden eingedrückt, Autos umgestürzt, Bäume entwurzelt, Straßen weggespült und Bahndämme weggerissen. Die Bewohner konnten nichts als das nackte Leben retten. Der vor wenigen Wochen fertiggestellte Elbe-Seitenkanal – als „Jahrhundertwerk" gefeiert – war gebrochen. Sechs Millionen Kubikmeter Wasser (zweimal soviel wie in Hamburgs Außenalster) bahnten sich den Weg bis in die Vorstadt von Lüneburg. Zurück blieb auf 12 Quadratkilometern fruchbarem Acker- und Weideland sowie in den Wohngebieten eine trostlose Schlamm- und Dreckwüste.

Die Menschen mußten mit ansehen, wie ihre Habe von den Fluten weggerissen und vernichtet wurde: Karl Heiz Braas und sein Schwiegervater z.B. standen machtlos da und mußten mitansehen, wie ihr kleines Siedlungshäuschen in den Fluten langsam wegsackte. „Jeden Stein haben wir mit eigenen Händen vermauert. Jeden Pfennig für das Haus gespart. Die Arbeit von Jahren – weggespült in Sekunden! Jetzt stehen wir ärmer da als je zuvor."

Wie konnte es zu dieser Katastrophe kommen? In den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse hatte man natürlich sogleich die verschiedensten Thesen bereit. Da hieß es zuerst: Durch die anhaltende Dürre sei der Deich des Kanals, der 10 Meter über dem Erdboden auf einem Damm gebaut ist, spröde geworden. – Das Wetter also. Und kurz darauf hieß es gar: Ein Schiff habe die Kanalböschung gerammt. Alle diese Theorien zielten auf eines ab: die Behörden des kapitalistischen Staatsapparates reinzuwaschen. Das aber sind die Tatsachen: Bereits einige Wochen vor der Eröffnung des Kanals hat Bauer Heinrich Heine gemeinsam mit zwei Landarbeitern an der Kanalunterführung, wo der Damm gebrochen ist, ein Leck festgestellt und dies dem zuständigen Wasser- und Schiffartsamt gemeldet. Doch das dachte nicht im geringsten daran, das Wasser an der Stelle abzuschotten, die Inbetriebnahme des Kanals zu stoppen, um eine gründliche Untersuchung durchzuführen. Man ließ lediglich Schlacke über der Leckstelle ins Wasser kippen. Sorge um die Sicherheit der Bevölkerung? In Hamburg und Bonn hat man andere Sorgen: Die Hamburger Hafenkapitalisten z.B. haben sich 12 Millionen Tonnen Umschlag pro Jahr zusätzlich durch den neuen Elbe-Seitenkanal ausgerechnet, und für die Salzgitter-Kapitalisten wird der Eisenerztransport durch den Kanal weitaus profitträchtiger – da darf kein Tag, ja keine Stunde verloren gehen. Die Kommentare der Kapitalisten zu der jetzigen Katastrophe sind dementsprechen zynisch: „Besser jetzt, als zu einem Zeitpunkt, an dem der Verkehr auf dem Kanal voll läuft", meinte der Vorstandssprecher der Hafen- und Lagerhaus AG, Helmuth Hern. Das sind ihre Sorgen!

1,3 Milliarden DM war es der Regierung wert, den Kapitalisten mit diesem Kanal günstigere Transportmöglichkeiten zu schaffen. Doch einige Millionen für Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der anliegenden Bevölkerungsgebiete – das ist dann eben zuviel. So gab es entlang des Kanals nicht einmal Lager für Sandsäcke, um im Fall eines Dammbruchs die Flut abdichten zu können. Daß das Wasser so große Verwüstungen nach dem Bruch hat anrichten können, liegt nicht zuletzt auch daran, daß auf dem ganzen 40 km langen Abschnitt keine Sicherheitssperren vorhanden waren, mit denen das Wasser hätte abgeschottet werden können. Direktor Reuter vom Wasser- und Schiffahrtsamt dazu: „Es wäre kein Fehler gewesen (kein Fehler!), vier Tore mehr einzubauen, aber wir müssen wegen der Kosten immer Kompromisse eingehen." „Kompromisse" – auf Kosten der Bevölkerung. 3 Millionen DM kostet ein solches Sicherheitstor. Der Schaden der betroffenen Werktätigen aber beträgt über 100 Millionen, doch den haben sie ja zu tragen: 170 Häuser standen unter Wasser, ihre Einrichtung ist zerstört. 18 Häuser sind abbruchreif. Acker- und Weideland der Bauern wurde vollständig verwüstet. Die ganze Habe der Betroffenen ist vernichtet, für die sie ihr Leben lang gearbeitet haben.

Wie soll es für sie weitergehen? Der Bundesverband deutscher Versicherungskaufleute erklärte, daß die Betroffenen kaum Aussicht auf Schadenersatz haben. Die beauftragten Baufirmen sind höchstens mit 500 000 DM versichert. Der Bonner Staatsapparat aber lehnt als Bauherr alle Verantwortung ab: – „Höhere Gewalt" – heißt es. Stattdessen wurde die in solchen Fällen schon sprichwörtliche „schnelle und unbürokratische" Hilfe zugesagt: 200 DM bar auf die Hand. Es ist geradezu eine Unverschämtheit. Als Schadenersatz haben die Betroffenen, deren Habe vollständig vernichtet ist, mit höchstens 10 000 DM zu rechnen, wie bekannt gegeben wurde. Für Frau Niemann aus Erbsdorf bedeutet das, nicht einmal die gerade neu eingerichtete Küche in ihrem völlig zerstörten Haushalt ersetzt zu bekommen.



Überflutete Häuser in Erbstorf bei Lüneburg: Nach dem Deichbruch wälzte die Flut sich kilometerweit bis in die Vororte von Lüneburg. 150 Häuser mußten geräumt werden

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros kann auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags ROTER MORGEN bezogen werden.

◯ Ich möchte besucht werden Ich bitte um Informationsmaterial ◯
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr. 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30 Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-19.00, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), **Waller Heerstr.** 70, Tel.: 0421/39 38 88, Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70. Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Tel.: 0451/76 939. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.